

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Robert W. Schmidt, Magdeburg. Verantwortlich für den Inhalt: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz Schmidt & Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Jahnstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Dr. Mühlstraße 3, Fernsprecher 981. — Abonnementspreis: Vierteljährlich 1.70 Mk., 2 Hefen 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen: Einzelheft 10 Pf. monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.50 Pf. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags- und Feiertagsnummern 10 Pf. — Infektionsgebühr die letzte Postzeitung 15 Pf. Post-Bestellkarte Nr. 6128

Nr. 261.

Magdeburg, Sonnabend den 7. November 1903.

14. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten

## Das Toleranzgesetz.

Wie wir gestern mitteilten, beschloß die evangelische General Synode eine Protestresolution gegen das vom Reichstag angenommene Toleranzgesetz. Wenn sich auch der Beschluß der Synode formell nur gegen die §§ 2, 2a bis 2c richtet, so steht doch fest, daß die Orthodoxen der evangelischen Kirche ihren Einfluß gegen das gesamte Gesetz geltend machen, welches die einzelnen Redner ja auch in allen seinen Paragraphen angriffen. Schon im Reichstage wäre das Gesetz bei der Endabstimmung beinahe gescheitert, denn die Konservativen samt Bismarck, die Nationalliberalen und Antisemiten bekämpften es heftig.

Das Zentrum, welches dieses Gesetz im Interesse seiner Wahlagitatorien eingebracht hatte, und die Freisinnige Volkspartei sind bekanntlich bereit, dem Bundesrat die Ausgaben für das Reich, das Budget, zu bewilligen, ohne daß dieser sich den Beschlüssen des Reichstags fügt; infolgedessen tragen diese Parteien im Gegensatz zur Sozialdemokratie auch die Verantwortung dafür, daß der Entwurf schließlich gescheitert ist.

Der Beschluß der General Synode gibt uns Veranlassung, die Bedeutung des Toleranzgesetzes des näheren zu würdigen. Das Toleranzgesetz verlangt gegenüber den in einzelnen deutschen Staaten bestehenden Beschränkungen der Freiheit des Gottesdienstes der Frommen und der Zusammenkünfte der Freireligiösen völlige Freiheit aller kirchlichen Feierlichkeiten von Christen und Juden sowie der Versammlungen der Freireligiösen. In dieser einen Beziehung liegen ja in Preußen kein Mißstände vor; anders in den anderen deutschen Einzelstaaten.

Ein Musterland seltsamer Bestimmungen ist auch in dieser Hinsicht z. B. Sachsen. Hier ist griechisch-katholischer Gottesdienst verboten, weil man fürchtet, griechisch-katholische Anhänger nicht zu solcher Demut den römischen König mahnen, wie andere Nationen. Den Synagogen nur in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Posen und Jittau zur Verfügung; anderwärts dürfen die Bekennere Jehovas keinerlei Gotteshäuser haben, ungewiss, weil der Antisemitismus bei den bestehenden Klassen in Sachsen sehr viel Anhänger hat. Die „Deutschkatholiken“, als welche sich dort die Freireligiösen bezeichnen, dürfen ihre Zusammenkünfte nur an Orten veranstalten, an denen ihr Prediger wohnt; an anderen Orten bedürfen sie der Genehmigung des Ministeriums. Das geschieht, um der Verbreitung des Atheismus vorzubeugen.

Selbst die römisch-katholische Kirche, welcher der König angehört, muß sich infolge der Kulturkampftätigkeit des größten Teils der bestehenden Klassen kleinliche Schikanen gefallen lassen. Neue katholische Kirchen dürfen nur mit Erlaubnis des Ministeriums gebaut werden, ebenso darf ein katholischer Gottesdienst auch ohne Kirche nur neu eingerichtet werden, wenn die Minister es gestatten.

Nachdem der Reichstag sich eben für die Religionsfreiheit ausgesprochen hatte, schwächte er seinen Beschluß dadurch ab, daß er in einem neuen Paragraphen erklärte, daß zwar Ausnahmegesetze gegen bestimmte Konfessionen nicht zulässig sein sollten, daß aber auch religiöse Vereine den Bestimmungen der einzelstaatlichen Vereinsgesetze unterliegen sollten. Infolgedessen wird man ständig befürchten müssen, daß durch neue reaktionäre Vereinsgesetze die Erlaubnis zur Gründung von Vereinen aller Art, mithin auch von freireligiösen Gemeinden von der behördlichen Erlaubnis abhängig gemacht wird. Am meisten haßt man bekanntlich die Atheisten, weil solche Menschen sehr gefährlich sind. Für diese Bestimmung traten neben der Rechten auch die Nationalliberalen, das Zentrum und die Antisemiten ein.

Am meisten großten die Herren auf der General Synode darüber, daß durch das Toleranzgesetz für das Reich einheitlich geregelt werden sollte, welcher Religion ein Kind angehört. Die von den evangelischen Orthodoxen so heftig bekämpften und vom Reichstage gegen die Stimmen der Rechten und der Antisemiten angenommenen Bestimmungen lauten:

§ 2. Für die Bestimmung des religiösen Bekenntnisses, in welchem ein Kind erzogen werden soll, ist die Vereinbarung der Eltern maßgebend, welche jederzeit vor oder nach Eingehung der Ehe getroffen werden kann. Die Vereinbarung ist auch nach dem Tode des einen oder beider Elternteile zu befolgen.

§ 2a. In Ermangelung einer Vereinbarung der Eltern gelten für die Bestimmung des religiösen Bekenntnisses, soweit nicht nachfolgend ein anderes vorgeschrieben ist, die Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuchs über die Sorge für die Person des Kindes.

Mit Recht sagt die „Germania“, das Zentrumsblatt, heute, daß es Unsinn sei, wenn in der Resolution der General Synode gesagt wird, die bisherigen Bestimmungen hätten sich „bewährt“, denn sie seien sehr verschieden. Haben sich die einen Bestimmungen, etwa die in der preussischen Provinz Hessen „bewährt“, so können sich die davon abweichenden, etwa in Baden, eben nicht „bewährt“ haben. Das Toleranzgesetz will, daß der Unstattsgrundsatz auch Recht ist, gemäß dem wird, daß Mann und Frau einander ein vor oder während der Ehe erteiltes Versprechen über die Religionszugehörigkeit der Kinder auch halten müssen, auch über das Grab oder über eine Ehecheidung hinaus. Das Toleranzgesetz will, daß die Eltern die Religion der Kinder jederzeit ändern dürfen, wenn beide Eltern damit einverstanden sind; es will, daß der Vater die Religion der Kinder bestimmt, wenn er durch kein Versprechen seiner Frau gegenüber gebunden ist; daß die Witwe, falls durch ein Versprechen gebunden, die Religion der Kinder jederzeit wechseln kann, ebenso der Vater. Das gleiche würde auf geschiedene Ehegatten, denen die Kinder zufallen, zutreffen. Wenn weder Vater noch Mutter über die Religion der Kinder irgend etwas bestimmt haben, dann sollten die Kinder der Religion des Vaters angehören, uneheliche Kinder natürlich der Religion der Mutter.

Bedauerlich ist, daß der Antrag unsrer Genossen gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt wurde, den Religionsunterricht in den Schulen abzuschaffen, daß gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen Vereinigung auch der Antrag abgelehnt wurde, daß kein Kind zur Teilnahme am Religionsunterricht gezwungen werden kann. Immerhin wurde gegen die Stimmen der Rechten und der Antisemiten beschlossen, daß kein Kind zur Teilnahme am Religionsunterricht einer Konfession, der es nicht angehört, mehr gezwungen werden soll. Leider fand der Antrag keine Annahme, daß polnische Kinder zur Teilnahme am deutschen Unterricht nicht mehr gezwungen zu werden sollen.

Ferner enthält das Toleranzgesetz die Ausdehnung der im größten Teil von Preußen bestehenden Bestimmungen auf das ganze Reich, daß jedes Kind mit 14 Jahre eine Religion auch gegen den Willen der Eltern ändern und z. B. aus der Landeskirche ausscheiden kann. Die Nationalliberalen suchten freilich sogar diesen Paragraphen zu verhindern; heute kann man z. B. im Fürstentum Neuchâtel erst mit 21 Jahren seinen Glauben ändern.

Ferner sagt das Toleranzgesetz, daß eine einmalige mündliche Erklärung vor dem Amtsgericht oder eine schriftliche Erklärung vor der Polizei genüge, um einen Austritt zu bewerkstelligen. Die lästigen Formlichkeiten, die heute bestehen, sprechen viele davon ab, einer Kirche auch äußerlich den Rücken zu kehren, mit der sie innerlich längst gebrochen haben. — Ferner will das Toleranzgesetz, daß jeder, der aus einer Konfession ausscheidet, eine Bestätigung des Austritts auch ohne direktes Verlangen seinerseits erhält, um unzulässigen Ansprüchen auf Zahlung von Kirchensteuern jederzeit begegnen zu können. Diese letzten Bestimmungen fanden trotz des Widerspruchs der Rechten und der Antisemiten die Mehrheit. — Sehr wichtig ist, daß auf Antrag unsrer Genossen gegen die Stimmen der Rechten und der Antisemiten beschlossen worden, daß der Austritt aus einer Religion sowie die Verabreichung der Bestätigung nichts mehr kosten soll, während in Preußen bekanntlich 3,60 Mark, in Schwarzburg-Sondershausen je nach Gerichtsbeschluss sogar 14 Mark bis 104 Mark dafür verlangt wird.

Endlich enthält das Toleranzgesetz die gleichfalls gegen die Stimmen der Rechten und Antisemiten angenommene Bestimmung, daß von dem Tage an, an welchem jemand aus einer Religion ausgeschieden ist, er für diese keine Kirchen- und Gemeindesteuern mehr zu entrichten braucht.

Mithin werden unsre Genossen ohne Rücksicht auf die General Synode energisch für die Durchführung des Toleranzgesetzes eintreten.

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 6. November 1903.

### Gewerkschaften und Politik.

Das Oberverwaltungsgericht hat sich wieder einmal in Gegensatz zu den Strafgerichten gestellt. Unser Berliner Korrespondent schreibt uns darüber:

Eine Filiale des Textilarbeiter- und Arbeiterinnen-Bandes als politischer Verein im Sinne des § 8 des preussischen Vereinsgesetzes. Schon wieder einmal hat sich das Oberverwaltungsgericht in Berlin in Gegensatz zu den Strafgerichten

ordentlicher Gerichte. Die Filiale München-Gladbach des Textilarbeiter-Bandes nimmt gleich dem ganzen Bunde auch weibliche Mitglieder auf. Gegen den Vorstand der Filiale wurde nun im vorigen Jahre ein Polizeiverbot auf Grund des § 80 des preussischen Vereinsgesetzes erlassen, monach Vereine, die bezwecken, in Versammlungen politische Gegenstände zu erörtern, keine „Frauenspersonen“ als Mitglieder aufnehmen dürfen und den Frauen verboten ist, an Versammlungen oder Sitzungen solcher Vereine teilzunehmen. Es gab ein Strafverfahren wegen der Mitgliedschaft der Frauen, das mit der Freisprechung der Angeklagten vor dem Schöffengericht und auch vor dem Landgericht Düsseldorf endete. Das Landgericht ging davon aus, daß die Filiale kein politischer Verein sei, wenn auch in verschiedenen Versammlungen innerhalb 6 Jahren politische Angelegenheiten berührt worden seien. Dabei handelte es sich aber nur um gelegentliche Abweichungen der größtenteils der Filiale nicht angehörigen Redner, die ihrem Umfang und der Zahl nach verhältnismäßig gering seien und nicht den Schluß auf politische Zwecke der Filiale rechtfertigten.

Anders als das Strafverfahren ging das Verwaltungsverfahren wegen der auf Grund des § 8 vorgenommene polizeilichen Maßnahme der Suspendierung von Frauen aus den Versammlungen der Filiale aus. Wegen einer solchen Ausweisung der Frauen wurde vergeblich Beschwerde geführt, hinauf bis zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz. Die Verwaltungsbehörden verweigerten sich nicht den Strafgerichten hinsichtlich des Charakters der Filiale München-Gladbach anzuschließen. Die Beschwerdeführer stützten sich auf die Bestimmungen des Oberverwaltungsgerichts und machten geltend, daß der Verein nicht dem § 8 des Vereinsgesetzes unterfalle. Dem Oberverwaltungsgericht lagen die Polizeiverbote vor, aus denen die Filiale als Versammlungsberechtigter, wie sie die Polizeigerichte wiedergeben, verlesen wurden. Es handelte sich um etwa zwölf Versammlungen aus der Zeit eines etwa sechsmonatigen Vereinslebens. Und unter diesen Versammlungen befanden sich noch einige öffentliche. Nach dem Vortrag schien man Wert zu legen auf Bezugnahme auf die sozialpolitischen Gesetze, auf § 616 des bürgerlichen Gesetzbuchs, auf die Gewerbeaufsichtswahlen und das Wahlsystem für diese, auf die Feier des 1. Mai und die Zuchtvorlage.

Die Mäher wurden durch Rechtsanwalt Wolfgang Heine vertreten, der u. a. ausführte: Die Strafgerichte seien zu ihrem günstigen Urteil gekommen auf Grund der mündlichen Zeugenaussagen. Diese Polizeiverbote hätten als die Filiale München-Gladbach als politische Vereinigung angesehen, um die Garantien der richtigen Wiedergabe der Verhandlungen zu können. Ganz bezweifelhaft sei in der Sache, monach von beachtlichen Abänderungen des § 8 des Vereinsgesetzes gesprochen ein soll. Niemand habe aber davon gesprochen. Die antwortende Filiale Textilarbeiter in München-Gladbach sich höchstens über den Ausschluß des § 616 durch die Unternehmungen gegenüber beklagt und beraten, wie man solchem Privatverbot entgegenarbeiten könne. Die öffentlichen Versammlungen könnten überhaupt nicht herangezogen werden. Eine Waisefer könne wohl, brauche aber nicht etwas politisches sein. Hier sei ausgegagt worden: Wir sind wir uns an der Waisefer? und dann habe man sich mit einer Versammlung und einem gemäßigten Besammlungsseiner, sowie mit der Einnahme von Beiträgen für den Streifonds begnügt. Es sei ein unpolitisches Gewerkschaftsfest herausgekommen. Und was die wirklichen, aber nur gelegentlichen politischen Abweichungen angehe, so treffe zu, was das Landgericht darüber gesagt habe. Ueber verbleibende Punkte aus dem Polizeiverbot wird vom Anwalt Beweishebung beantragt.

Das Oberverwaltungsgericht wies jedoch ohne weiteres die Klage ab und erklärte, es sei anzunehmen, daß die Filiale bezwecke, in Versammlungen politische Gegenstände zu erörtern, weil oft solche erörtert worden seien.

Nach dieser Entscheidung des höchsten Gerichts für Verwaltungsstreitigkeiten muß in Gewerkschaften, die weibliche Mitglieder haben, jede Erörterung politischer Fragen unterbleiben. Man wird also wieder gezwungen sein, die organisierten Arbeiter, soweit sie Berufen angehören, in denen auch Arbeiterinnen tätig sind, nur in öffentlichen Versammlungen zu politischen und sozialpolitischen Fragen Stellung nehmen zu lassen, die Politik aber aus den Vereinsversammlungen völlig zu verbannen.

### Die Republik Panama.

Die Republik Panama hat sich von dem Staat Kolumbien losgerissen, wie wir bereits meldeten. Die revolutionäre „Regierung“, als deren Haupt Oberst Barrera gilt, hat sich auch bereits nach Washington um Anerkennung des neuen Staates gebildet. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich zwar noch nicht dazu entschlossen, die neue Regierung in Panama anzuerkennen, da es ihr ungelegentlich noch nicht bekannt sei, wer die neue Regierung sei. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß diese Anerkennung nicht ausbleiben wird. Es ist klar, daß die amerikanische Regierung bei dem Ausbruch der Revolution in Panama ihre Hand im Spiele gehabt hat, denn der neue Staat hätte sich völlig nach den Wünschen der Vereinigten Staaten richten. Nach einer Mitteilung der „New-Yorker Sun“ war sogar die Bundesregierung in Washington, so gut von dem bevorstehenden Ausbruch der Revolution unterrichtet, daß sie am Dienstag bei ihrem Konsul in London anfragte, warum sie noch nicht ausgedrohen sei.

Wie aus Panama gemeldet wird, wurde von dem kolumbianischen Kriegsschiff „Bogota“ ein Uff-

matum an die Aufständischen gesandt, in dem ihnen eine Frist von drei Stunden zur Wiedereinsetzung der kolumbianischen Regierung gegeben wurde. Das Schiff begann jedoch die Beschießung, ohne eine Antwort abzuwarten. Die Forts der Stadt und das Kanonenboot „Babilon“ erwiderten das Feuer. Nach einiger Zeit ging die „Bogota“ wieder in See. Kolumbien freilich mündet die schärfsten Mittel an, um die Unabhängigkeitspartei zu vernichten; es hat durch das Kriegsschiff „Bogota“ bereits die Beschießung Colons zur Niederwerfung der Aufständischen vornehmen lassen. Ein Telegramm aus Colon meldet: Die von dem amerikanischen Kanonenboot „Rafshville“ gelandeten Matrosen sind wieder an Bord ihres Schiffes zurückberufen worden, da Oberst Torres, der Befehlshaber der Regierungstruppen in Colon, es übernommen hat, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Gestern abend herrschte vollkommene Ruhe. Die Eisenbahnzüge verkehren ohne Unterbrechung.

Zu dem Abfall Panamas von Kolumbien wird dem „Berl. Tagebl.“ aus New-York telegraphiert: Die reichlichen Mittel, über welche die neue Republik verfügt, kommen anscheinend von der Panama-Gesellschaft. Seit drei Monaten ist es ein öffentliches Geheimnis, daß die Sezession erfolgen würde, wenn in Bogota der Kanalvertrag scheitert. — Wie nach demselben Blatt aus Panama verlautet, hat die Regierung der neuen Republik an den Befehlshaber der kolumbianischen Truppen in Colon das Ultimatum gerichtet, daß die Stadt angegriffen werden würde, wenn die kolumbianischen Truppen dieselben nicht räumten. Die meisten Ortschafsten des Innern schließen sich der Republik an. —

## Deutschland.

Berlin, 6. November. Der Bundesrat hat in der gestrigen Sitzung die Vorlage betr. die Denkschrift über die Ausführung der seit 1875 erlassenen Anleihegesetze, die Vorlage betr. die Abänderung der Vorschriften über die Auswandererschiffe und die Vorlage betr. den Entwurf einer Abänderung zur Montanstatistik den zuständigen Ausschüssen überwiesen. —

Die über den Beschlusses des Handelsministers am 7. November stattfindenden Verhandlungen über die Ausbildung im Eisenhüttenwesen werden umfassen: 1. den gegenwärtigen Stand der Ausbildung der Eisenhüttenleute auf preussischen technischen Hochschulen (Berichterstattung der Professoren Dr. Beeren und Dr. Wülfel), auf preussischen Bergakademien (Berg. Berg- und Schmelzwerk), 2. die bei der bisherigen Ausbildung der Eisenhüttenleute hervorgetretenen Mängel (Dr. Ing. Schröder aus Düsseldorf); 3. Vorschläge für den weiteren Ausbau des Lehrplans und der Lehranstalten. —

Ueber den neuen Paragr. 171, wie er anlässlich der Wiesbadener Konferenz angenommen worden ist, sagt die „Frankf. Zig.“, daß der neue Paragr. 171 die Haltung der Krappen nicht verbessert, sondern sie erschwert. —

Freie Wahlberechtigung wird bei den Stadtverordnetenwahlen in Fort von bürgerlicher Seite betrieben. Die „Märkische Volksstimme“ veröffentlicht dieses Zirkular: Fort i. 2., den 2. November 1903.

Herrn mit Ihnen mit Sie ergehen. Ihren Angehörigen, Buchhändlern, Buchbindern, Buchführern, Buchführern usw., welche die bürgerlichen Kandidaten der 3. Abteilung, die Herren Antonius Gustav Müller, Schulmeister Paul Bester, Albert Müller, Schulmeister, Bergmeister Paul Fiedler wählen wollen, am Donnerstag den 5. d. Mts. möglichst bis 12 Uhr. Zeit zur Ausstellung ihres Wahlzettels zu geben. Der kleine Wahlzettel von 10 Pfennigen erhalten, wenn nicht möglich. Das Schreiben ist zur Wahl mitzubringen. Einmalige liegen bei, folgende Wahlzettel zu lesen.

Der Wahlzettel der bürgerlichen Parteien. Gemeiner kann Wahlberechtigung nicht geltend machen. Bei sich die Urheber des Nachwerks der Kandidaten ihrer Wahlzettel besetzt sind, setzen sie ihren Namen auch nicht unter das Zirkular. —

Stadtverordnetenwahltag in Bielefeld. Bei den in Bielefeld am Dienstag beendeten Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung siegten die Sozialdemokraten mit 2642 Stimmen über die verbliebenen bürgerlichen Parteien, auf welche 262 Stimmen fielen. Vor zwei Jahren erreichten die bürgerlichen Parteien rund 250 Stimmen mehr als die Sozialdemokraten. Letztere gewannen jetzt ein Mandat und haben damit zum ersten Male 39 Mandate inne. —

Gleiches Recht für „L.“. Der ehemalige Journalist und frühere Reichstagsabgeordnete Hans hatte einen Antrag, der für den Abgeordneten August Schmalzschlegel bei den Reichstagswahlen angenommen wurde, den Zweck des Gesetzes vorzubereiten und zwar, wie die Verfassung erlaubt, wider letztere. Ganz wurde deshalb wegen verlesener Artikel die Verfassung zu veränderten Gesetzen veranlaßt. Nach dem „Berl. Tagebl.“ heißt es in der Urteilsbegründung: Die Verfassung ist nun so faßbar, daß sie einen Offizier und ehemaligen Corpskorporanten heißt. —

Einmalige liegen bei, folgende Wahlzettel zu lesen. Die Wahlzettel der bürgerlichen Parteien. Gemeiner kann Wahlberechtigung nicht geltend machen. Bei sich die Urheber des Nachwerks der Kandidaten ihrer Wahlzettel besetzt sind, setzen sie ihren Namen auch nicht unter das Zirkular. —

so habe er aus nach friedlicher Gemeinschaft, nach einem Völkerbunde auf dem Boden fortschreitender Gerechtigkeit und Kultur, ein Patriot und ein Weltbürger zugleich, dem das Vaterland über Konzeption, Partei und Klasse stand, dessen Herz und Sinn aber die Menschheit umspannte. Wieviel herrliche Worte hat er auch hier gesprochen, wie hat er aufgerichtet und gewandelt, wie hat er versucht, die Bürger einer künftigen Zeit zu erziehen! Aber seine leidenschaftliche Natur hat sich wohl manchmal auch in den Mitteln vergriffen und sein Wort prollte öfter an der harten Wirklichkeit der Dinge ab. Wie sehr er darunter gelitten, das wissen nur seine vertrauten Freunde. Aber sein Leiden lag noch tiefer; es war die Unruhe und der Schmerz des Genies, der unter dem Widerspruch von Ideal und Wirklichkeit sich aufregt, und der unter dem Druck der Kontraste seiner eignen Natur steht. Hier eine feurige Leidenschaftlichkeit, die jedes Maß überspringt und nur helles Licht und tiefen Schatten zu sehen vermag, und dort eine unergiebliche, durch strenge Selbstdisziplin erzeugte Intelligenz. Hier die Flamme jugendlich dringender Ungebild, und dort eine zähe, stetig schaffende, jede Schwierigkeit mit Weisheit und Geduld bezwingende Kraft. Hier das harte Wort und das hart hervorgehobene Urteil und dort das tiefste Bedürfnis nach Frieden, gepaart mit warmherziger und weichherziger Toleranz, für alles Menschliche aufgeschlossen. Das aber können wir sagen, je genauer man ihn kannte, desto sicherer traten die edelsten Züge dieser großen, aber auch reichen Natur hervor, und auch manches von dem, was uns heute noch als unrauh, hebe Frucht erscheint, wird einst reif und erquidend werden.

Professor Brütt hat die Totenmaske Mommsens abgenommen, während Professor Franz Olde den Verbliebenen auf dem Totenbette geschnitten hat. —

Wieder ein Zeugniszwangsverfahren. Die Kuffen erregende Beirathung des Redakteurs Carl vom Boisinger „Enzboten“ wegen Zeugniszwangsverweigerung haben wir mit dem Bedauern mitgeteilt, daß dieser Fall des Zeugniszwangs der erste in Württemberg sei. Das Erkenntnis und Bedauern wird aber noch größer, wenn man den Sachverhalt kennt. Im März und Juni erschienen im „Enzboten“ zwei Artikel gegen einen Mann in Ulm, Oberamt Maulbronn, der im politischen Leben sich vorangestellt hatte. Der Oberamtmann von Maulbronn hatte ferner einen anonymen Brief mit Anschuldigungen gegen diesen Mann erhalten. Ende September brannete nun eine Scheuer nieder, in welcher derselbe Mann Borräte untergebracht hatte. Und nun ist es dem Schatzamt eines württembergischen Staatsanwalts, dem der Oberamtmann das Material geliefert hatte, vorbehalten, eine Kette von den Artikeln zum Brandfall zu ziehen: der mutmaßliche Brandstifter sollte der Artikel- und Briefschreiber sein! Daß eine stillschweigende Verständigung zwischen Brief und Artikel nur im entferntesten vorliege, konnte nicht nachgewiesen werden. Da nun die Staatsanwaltschaft von sich aus keinen zweckmäßigeren und besseren Weg wußte, den Brandstifter ausfindig zu machen, sollte der Redakteur das Brandstiftungsgeheimnis brechen und der Denunziation beifügen werden, der ihm vertrauensvoll einen Artikel eingekauft hatte: Der Redakteur als Geheimpolizist! Weil er sich aber weigerte, diese Funktion zu übernehmen — denn er kennt den Einsender als anständigen und unbescholtenen Mann — wurde er zu 10 Mark Strafe verurteilt. — Der Zeugniszwang ist ein beschämendes Ueberbleibsel der alten Folter. —

## Oesterreich-Ungarn.

### Fortschritt der Obsequien.

Nach einer Budapest Depesche des „Berl. Tagebl.“ beabsichtigen die Obsequien ihrem Verbleib nach Wien, während die Regierung entschlossen ist, die Präsidentenwahl mit allen Mitteln durchzusetzen. —

## Frankreich.

Das Gesetz gegen die Privatstellen-Vermittler ist im wesentlichen nach den Vorschlägen der Kommission für Arbeiterfragen angenommen worden. Der sozialistische Abgeordnete Contant (Gard) verlangte die sofortige und entschuldigungslose Aufhebung der Bureau's. Die Mehrheit entschied sich aber für den Entwurf der Kommission, wonach innerhalb 5 Jahren die Stellenvermittler gegen eine bestimmte Kaution abgelöst werden. In Gemeinden ist durch das Gesetz das Recht gegeben, die Stellenvermittlungsbureau's sofort aufzulösen. Das Gesetz wurde schließlich mit der wohl seltenen Majorität von 500 gegen nur 16 Stimmen angenommen. Es heißt zu hoffen, daß diese ein Entschuldigungsrecht grenzende Mehrheit den Senat veranlassen wird, nunmehr dem Gesetz beizutreten. —

Die neue Untersuchung in der Dreifus-Affäre ergab, nach einer Meldung des Berliner „Vol.-Ztg.“ aus Paris, einige neue Thesen. Der jetzige Kriegsminister erachtet nun ein juristisches Gutachten darüber, ob der Kassationshof ohne Beweismittel ein Kriegsgeschehen feststellen kann, um dann dem Justizminister die Akten zu übergeben. —

## England.

Die Londoner Gemeinde-Wahlen (General Council) die am Sonntag stattfanden, haben mit einem geringen Ergebnis für die Progressiven abgehandelt. Sie gewannen zusammen mit der Arbeiterpartei — 174 Sitze und verloren nur dem 22. —

Kleine politische Nachrichten. Die 8. Kompanie des 85. Schottischen Infanterie-Regiments wurde durch das Los zur Komposition des 24. Divisionen Schützenregiments bestimmt und ist nach Dacca entsandt. — Der König von Belgien, Dr. König, ist während seiner letzten Schlagen gefallen. — In den wachsenden Kreisen Rom's glaubt man, daß die Handelsverträge zwischen Deutschland und Italien auf ein Jahr verlängert werden. — In Colon, an der atlantischen Küste des Isthmus von Panama, sind bereits kolumbianische Truppen mit nordamerikanischen Kavalleriepolkaten gelandet. —

## Landtagswahlbewegung.

Die Wahlbewegung in den Provinzen ist, entschieden bei den Urwahlen im Spätherbst nicht der Wahlbewegung allein, sondern der aus dem Wahlkampf, dem Protokollführer und dem bis jetzt festgestellten Wahlergebnis und dem Wahlergebnis. —

Der Wahlkampf. In der Revision der preussischen Landtagswahl-Konvention vom 26. April 1903 lautet Punkt 3: Kommt es bei der Wahlbewegung zur Wahlbewegung, in der nach dem Wahlgesetz die Wahlbewegung für die liberalen Kandidaten zu favorisieren, so wird im allgemeinen für die liberalen Kandidaten zu favorisieren sein. —

Wie das Wort „im allgemeinen“ auszulegen ist, darüber herrscht die Meinungsverschiedenheit. —

Es sind die Stimmen von unserer Seite immer und immer mehr aufgewacht worden, nur völlig unabhängige Wahlmannskandidaten erwirbt, da die Sozialdemokraten in den oben bezeichneten Wahlbezirken vorwiegend Gewinne bei der Wahlbewegung zu erwarten haben und Kandidaten zu ziehen werden, wenn ihnen nicht schon ein Kandidat eines der zwei oder drei

Mandate eingeräumt würde. Dieser Forderung nach Aufstellung völlig unabhängiger Wahlmannskandidaten seitens der Liberalen soll dadurch Nachdruck gegeben werden, daß bei Stichwahlen in der Urwahl nur solche liberale Wahlmänner gegenüber Konserverativen unterstellt werden sollen, die vor dem Wahltag — also vor dem 12. November — erklärt haben, unabhängig genug zu sein, um gegebenenfalls auch für einen sozialdemokratischen Abgeordnetenmandat stimmen zu können. —

Wir möchten vorschlagen, daß sich unsere Wahlleiter in den einzelnen Wahlbezirken der freilich peinlichen Aufgabe unterziehen, die liberalen Wahlmannskandidaten — schriftlich oder mündlich — zu fragen, ob sie unabhängig genug sind, gegebenenfalls auch für einen sozialdemokratischen Abgeordnetenmandat stimmen zu können. —

Wir würden, daß die Herren uns mit Freunden erklären werden, sie seien zwar für unabhängig, daß sie für uns stimmen können, daß sie es nachher aber brechen, da sie nicht für uns stimmen wollen. —

## Gewerkschaftsbewegung.

Buchdrucker. In Klausenburg sind die Sieger und Drucker sämtlich in den Streik getreten. Infolge dessen haben die Zeitungen ihr Erscheinen eingestellt. Nur ein einziges Blatt veröffentlicht seine Depeschen auf lithographischem Wege. —

Behörden als Schutztruppen der Unternehmer. In Crimmitschau, wo die Aussperrung der Textilarbeiter schon 10 Wochen dauert, ist schon wieder ein größeres Aufgebot von Gendarmen eingetroffen. Obwohl die Ruhe in keiner Weise gestört worden ist, Belästigungen, Schlägereien oder Zusammenrottungen nicht stattgefunden haben, glaubt der Stadtrat mit seinen Polizeimannschaften nicht auskommen zu können. —

Dagegen darf der Fabrikant Trommer einen Schulknaben auf der Straße schlagen, weil dieser zu seinen Mitschülern gesagt haben soll: „Die Fabrikanten siegen nicht.“ Fabrikant Gläser bedroht die Straßenpassanten mit einem Riemen. Fabrikant Schumann überfällt eine Frau früh und drückt diese an die Wand. Alles dieses spielt sich unter den Augen der Behörden ab, ohne daß dagegen eingeschritten wird. Die Fabrikanten wollen provozieren. Die Arbeitergesellschaft wird ihnen diese Freude nicht bereiten. Unverrückter Sache werden die Gendarmen wieder nach Hause zurückkehren müssen. Die telegraphischen Beschwerden an den Minister v. Meisch haben folgenden Wortlaut: An das Staatsministerium des Innern Herrn v. Meisch, Dresden.

Die Polizeiorgane gehen wiederholt in schärfster Weise gegen die Arbeiter vor. Leute, die vor ihren Haustüren stehen, werden ins Haus verwiesen. Harmlose Passanten werden von der Polizei belästigt. Die Fabrikanten dürfen ungeniert in Trupps von 3-4 Mann vor den Fabriken stehen. Trotz der Ruhe der Arbeiter ist niemand sicher vor der Polizei. Am Sonnabend wurden wieder zwei Versammlungen aufgelöst. Als Staatsbürger und im Namen des Rechts fordern wir Einschreiten des Ministers. Die Fabrikanten sind die Schuldigen. Sie lehnen jede Verhandlung ab. Möge man endlich dem Grundsatze: Gleiches Recht für alle, in Crimmitschau zum Durchbruch verhelfen. Schiller.

An das Staatsministerium des Innern, Herrn v. Meisch, Dresden. Die Polizei geht soweit, die Flugblätter zu konfiszieren. Ein gesetzlicher Grund liegt nicht vor. Wir erwarten, daß das Ministerium diese Ungeheuerlichkeit korrigiert und den Arbeitern gestattet, ihre Kundgebungen ungehindert der Öffentlichkeit zu unterbreiten, wie es die Fabrikanten gleichfalls dürfen. Hierauf ist folgende Antwort des Ministers eingetroffen:

Ihre telegraphisch angebrachten Beschwerden sind zur Entscheidung an die zuständige Behörde abgesandt worden. Ministerium des Innern.

Auch die andern Behörden ergreifen gegen die Arbeiter Partei: In der Versammlung im „Hotel zum Adler“ machte ein Redner einige Bemerkungen über die Maßnahmen der Behörden, daraufhin wurde die Versammlung aufgelöst. Auch die Versammlung im Fährschen Lokale verlief der Auflösung, als der Redner den Wortlaut des Telegramms, welches an den Minister v. Meisch abgesandt worden ist, zur Verlesung bringen wollte. — Nur ein Trottel kann glauben, die Arbeiter ließen sich dadurch einschüchtern! —

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 6. November 1903.

### Brüggemann als Erzieher.

Ein eigenartiger Pädagoge ist der hiesige Fortbildungsschullehrer Brüggemann. Dieser Herr behauptet es anlässlich des Unterrichts am 3. November fertig, einem seiner Schüler, einem Tischlerlehrling, sein Glasauge auszuwechseln. Der Knabe hatte eine schriftliche Arbeit auf einem Stück Papier erledigt, statt sie in sein Diarium zu schreiben, welches er verloren hatte. Der Knabe war von dem Lehrer seinerzeit ausdrücklich in die vorderste Reihe gesetzt worden, weil der seltsame Erzieher ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht worden war, daß der Knabe ein Glasauge hat. Als nun neulich der erregte Herr es für notwendig hielt, den Jungen zu prüfeln, hielt dieser seine Hand vor sein Glasauge, um dieses zu schützen. Der Lehrer aber rief ihm zu: „Die Knaben weg!“ und zwang ihn, die Hand fortzunehmen. Darauf schlug er ihm das Glasauge entzwei, so daß es am nächsten Tage erneuert werden mußte. —

Wir halten uns um so mehr für verpflichtet, den Fall in die Öffentlichkeit zu bringen, als Herr Brüggemann dem Mißhandelten ausdrücklich riet „doch ruhig zur „Volksstimme“ zu gehen und sich bei der Redaktion zu beschweren“. Dem Wunsche des Herrn Brüggemann, die Sache in die „Volksstimme“ zu bringen, kommen wir hiermit bereitwillig nach. —

Damit Herr Lehrer Brüggemann sich aber nicht etwa über mangelhafte Verdrückung unzureichend zu beklagen genötigt ist, teilen wir noch mit, daß dieser Fall nicht der einzige ist, in dem der Herr seine Erziehungsgrundsätze betätigt hat. Herr Brüggemann hat nämlich oft geschlagen; auch rüfzte er sich, als er von der Reife zurückkam, er habe seine Kräfte wieder gestärkt und könne nun wieder tüchtig prüfeln. —

Besonders auffallend aber ist, daß Herr Brüggemann — wenn er die Absicht hatte, einen Knaben auszuwechseln, häufig zu

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 6. November 1903.

### Die Versorgung Magdeburgs mit Grundwasser

Die Besprechung der Hauptgegenstände der Beratungen des Stadterordnetenkollegiums. In Erwartung großer Debatten waren die Zuhörer in Scharen herbeigeeilt und füllten die Tribünen bis auf das letzte Plätzchen. Das — für Magdeburg seltene — Interesse ist erklärlich, handelt es sich doch um ein Projekt, das nicht nur wegen der acht Millionen Mark Kosten von großer Bedeutung ist, sondern in weitestem Maße mit über Magdeburgs Zukunft entscheidet. Seit vierzehn Tagen wogt gegen dieses Projekt der Kampf der bürgerlichen Bierpolitiker. Sie, die jeder Vorlage des Magistrats, die sich gegen das Interesse der Mehrheit der Einwohner richtet (Wahlrechtsattentat usw.) blindlings zustimmen, entdecken in einem Augenblicke, da zufällig einmal etwas Gutes vom Rathhause kommt, ihre „oppositionelle Gesinnung“. Ein Glück für uns und den Magistrat, die wir in dieser Frage zusammengehen, daß der Eifer dieser Kirchturnpolitiker mit ihren Fähigkeiten, eine großzügige Politik zu verstehen, nicht gleichen Schritt hält!

Es ist zu komisch anzusehen: Diese Leute geben an, sparen zu wollen.

Zugleich wollen sie immer und immer wieder versuchen, an der bisherigen Wasserleitung herumzuschneiden — was bekanntlich mehr kosten würde wie eine völlig neue Leitung! Gerade als wenn man ein Paar alte Stiefel ewig mit Nadeln brauchbar zu erhalten versucht!

Der gestrige Tag war ein neuer Beweis von der Unfähigkeit des sogenannten „linkstehenden Bürgertums“ auf sozialpolitischem Gebiete. Die Herren Ungnade und — es tut mir weh, daß ich dich in der Gesellschaft seh' — Görnemann vertraten gestern das am Allen Klebende Bürgertum und setzten sich mit mehr Worten wie Argumenten gegen die Vorlage zur Wehr. Diese „Nachzügler“ sind diejenigen, von denen Jöben im „Volksfreund“ hofft, daß „diese Ruinen aus einer absterbenden Gedankenwelt sich selbst ganz vorzüglich die letzte Ehre erweisen; es bedarf keiner ärztlichen Nachhilfe, um ihren tödlichen Abgang zu beschleunigen“. Vielleicht hat der Oberbürgermeister während der Rede des Ungnade sich einmal in die Lage des Badearztes Dr. Stodmann in obrigem Stück von Jöben versetzt — vielleicht. — Der Stadterordnete Ungnade sah sich sogar veranlaßt, seine überaus konfuse „Rede“, worin von dem unüberwindlichen Kavallerie-Regiment, das Magdeburg immer noch nicht hat, die Rede war, schriftlich vorzulegen und abzulesen.

Das Manuskript ist wert, dem Archiv für die Geschichte des Niederganges des Bürgertums als historisch wertvolles Dokument einverleibt zu werden! Bedauern nur muß man, daß ein sonst so verständiger Mann wie Görnemann, als er mit der Argumentation gegen die Vorlage fertig war, den — Krieg, den „leibhaftigen“ Krieg dräuend an die Wand malte. Doktor Stodmann im „Volksfreund“ kann einen solchen Standpunkt nicht begreifen. Aber der Wasserwerksdirektor Dieckmann begriff ihn, als er gestern mit einem derben Witz darauf antwortete.

Unsere Genossen sahen dem Krieg mit überlegener Gelassenheit zu. Die Intelligenten unter den Bürgerlichen fühlen das Blamable der Situation und als gar der Oberbürgermeister dem sozialdemokratischen Redner „freundlichen Herzens“ zustimmte, da konnte sich einer von ihnen nicht enthalten, zu sagen: „Nicht wahr: einen größeren Gefallen könnte Ihnen das Bürgertum wohl nicht tun, als mit dieser Rückständigkeit?“ — Herr Urendt, der stets hereinfallende, versuchte die Situation zu retten — er wurde von seinen eignen Genossen mit Schlußrufen bombardiert, so daß er abtreten mußte, bevor er zum Reden kam. — Nachdem die Gelschwiese der bürgerlichen Blätter noch an den Schandpfahl gestellt war, wurde die Vorlage angenommen. (Siehe an anderer Stelle.)

— Herr Staßbach ist als Kompromißkandidat der sogenannten nationalliberalen und „freisinnigen“ Parteien im Kreise Salzwedel aufgestellt worden. Mit ihm zusammen kandidiert noch ein Pastor Schmidt-Gaborn.

— Die Magdeburger Maurer und das Strohmännerystem. Anschließend an die Vorgänge, die sich im letzten Jahre mit konstanter Regelmäßigkeit vor dem hiesigen Gewerbegericht abgepielt und die sich insbesondere mit der Beseitigung des Strohmännerystems im Baugewerbe beschäftigt haben, hat die gestrige öffentliche Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter einen Beschluß herbeigeführt, wonach Bauten, auf denen der Unternehmer die erste Lohnrate schuldig bleibt, so lange als gesperrt zu betrachten sind, bis der eigentliche Geldgeber schwarz auf weiß sich verpflichtet hat, die Regelung der Lohnzahlung zu übernehmen. Dieser Beschluß, der einen Teil des Baudeputierten-Regulativs ausmacht, wurde unter großem Beifall angenommen.

\* Die Direktionen der Zuckerraffinerien sind bekanntlich keine allzu großen Freunde der Arbeiterschutzbestimmungen. Was Wunder, wenn die Klagen der Arbeiterschaft aus diesen Betrieben nicht verstummen? Die aller-einfachsten und selbstverständlichsten Einrichtungen müssen daher erst durch die öffentliche Kritik erzwungen werden; ein Beweis dafür, daß die Arbeiterschutzbestimmungen der Kontrolle

durch die Arbeiterschaft nicht entbehren können. So werden jetzt wieder aus dem Betriebe der Zuckerraffinerie Magdeburg (Aktiengesellschaft), Halberstädterstraße 76, Klagen laut darüber, daß die Badeeinrichtung so gut wie gar nicht zu benutzen ist. Die Treppe, die zur Badestube hinunterführt, ist morsch; zwei Stufen sind völlig durchbrochen. Das Badewasser ist fochend heiß und kaltes Wasser ist nicht da. Das Bad ist daher nicht zu benutzen. Ist denn der Betrieb so wenig profitabel, daß man nicht einmal das Bad herzurichten vermag, oder ist dieser Mißstand nicht zur Kenntnis der Direktion gekommen? Würden wir nicht, daß unsere Gewerbeinspektion mit Revisionen überladen ist, so hätten wir einen Besuch derselben in der Fabrik ermöglicht. Wir hoffen jedoch, daß die Direktion auch ohne die Gewerbeinspektion die Badevorrichtung in brauchbarem Zustande erhalten wird.

— Der Verein der Maurerpoliere von Magdeburg und Umgegend beschloß den Beitritt zum Bunde deutscher Maurerpoliere; der monatliche Bundesbeitrag soll durch besondere Mitgliedersteuer erhoben werden. Bis zum Januar soll eine Lohnstatistik sämtlicher Mitglieder zusammengestellt werden.

— Die Gotthardtische Broschüre gegen die Sozialdemokratie wurde von uns kürzlich als die eines Renegaten bezeichnet. Zufällig kommt uns eine Nummer der „Volksstimme“ vom 12. März 1899 zu Gesicht, worin sich eine Erklärung G.s befindet, in der G. den Schritt bereut; damit war seinerzeit die Angelegenheit erledigt.

### Die Genossen von Magdeburg, Friedrichstadt und Werder treffen sich am Sonntag früh 7 Uhr zur Flugblattverbreitung bei Albert Vater, Knochenhaueruferstr. 26/27.

### Die Sudenburger Genossen treffen sich am Sonntag früh 7 Uhr bei Königstedt, Schönungerstraße 28.

### Die Genossen der Neuen Altstadt treffen sich am Sonntag früh 7 1/2 Uhr bei August Bartels, Fabrikstraße 5/6; keiner darf fehlen.

## Aus dem Stadterordneten-Sitzungs-Saale

Magdeburg, den 5. November 1903.

Sämtliche Tribünen sind — angesichts der Beratung der Wasservorlage — überfüllt, als um 4 1/4 Uhr Kommerzienrat Frietze die Sitzung eröffnet. Die ersten 22 Tagesordnungspunkte werden in vier Minuten erledigt. Es handelte sich lediglich um Rücksprechungen diverser Rechnungen des Etats.

Darauf wird die Ueberschreitung der für die Erweiterung der Wasserversorgung in der Krankenanstalt Altstadt bewilligten 14 000 Mark um weitere 900 Mark und die Bewilligung weiterer 750 Mark unter Ueberschreitung dieses Titels zur Aufstellung von Dampfheizungsanlagen an Stelle der alten Kachelöfen in den Räumen der Wasserkasse einstimmig ausgesprochen. — Auch die Ueberschreitung der für Verbesserung der Feuerlösch-Einrichtung im Altkrankenhaus bewilligten 1476 Mark um 208 Mark 46 Pfg. und die Bewilligung von 300 Mark aus Titel „Insgemein“ des Haushaltsplans der städtischen Sparkasse für 1903 unter eventuellem Ueberschreitung des Titels um den angegebenen Betrag für die Prüfung des baulichen Zustandes der von der Sparkasse in der hiesigen Stadt beliehenen Hausgrundstücke wird einstimmig genehmigt.

Die Wahl der Beisitzer und Stellvertreter für die Wahlvorkände zu den in der Zeit vom 24. bis 26. November 1903 stattfindenden Stadterordnetenwahlen ergibt sich Resultat: für Budau am 24. November der Beisitzer die Stadt. Frietz und Voering; zu Stellvertretern die Stadt. Grape und Junke, und zu Ersatzstellvertretern die Stadt. Mathias und Schmidt I; in der Friedrichstadt (2. Abteilung) am 26. zu Beisitzern die Stadt. Ungnade und Fölsche, zu Stellvertretern die Stadt. Odemar und Albert; am 24. und 25. (3. Abteilung) zu Beisitzern die Stadt. Odemar und Müller, zu Stellvertretern die Stadt. Roland und Wolf und zu Ersatzstellvertretern die Stadt. Reppner und Haupt.

Es folgt die Beratung des Punktes

### Versorgung Magdeburgs mit Grundwasser.

Berichterstatter Stadt. Dr. Kausche beantragt zu Anfang seines Referats die Vorlage

Bewilligung von 500 000 Mark aus der neuen Anleihe zum Bau und Betrieb eines Versuchsbrunnens am Fienner Bruch

an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen. Zur Begründung des Antrags weist Redner auf die Wichtigkeit der Frage hin und verweist des längeren bei der vom Magistrat gegebenen Erläuterung der Vorlage. (In der „Volksstimme“ bereits mitgeteilt.) Redner wendet sich gegen die unwürdige Art der (bürgerlichen) Opposition gegen die Vorlage durch die verschiedenen Bezirke- u. Vereine. Bei solcher Kampfesweise höre eben jede Diskussion auf. Die Vorlage habe vollumfänglich die Notwendigkeit einer neuen Wasserversorgung dargelegt. Sie enthalte eine Forderung von 8 Millionen Mark, nicht 16, wie bereits überall herumgetragen wurde. Verschiedene andre Vorschläge seien bereits gemacht, allein sie hätten alle das 16 Wasser als Basis und man müsse doch endlich einmal von dem schlechten Elbwasser abkommen. Zwar lasse sich die Frage, ob man aus dem Fienner Bruch ein völlig klares, schönes Quellwasser erhalte, gewiß nicht schon jetzt beantworten. Allein alle die Städte, die uns bei Besuchen des vorgeschlagenen Weges vorangegangen, hätten die besten Erfahrungen damit gemacht. Auf alle Fälle sei doch die Aussicht, ein besseres Wasser als bisher zu erhalten, bestimmt vorhanden. Und gerade, um das zu wissen, müsse der geforderte Versuchsbrunnen angeschafft, die Pumpenversuche ein halbes Jahr zc. fortgesetzt werden, damit man nicht nur die Ueberszeugung, sondern die Gewißheit habe, daß im Fienner Bruch ein vorzügliches Wasser zu holen. Redner tritt nochmals warm für seinen und des Magistrats Antrag ein.

Zweiter Referent ist Stadt. Dubigneau. Er geht auf eine Behauptung der bürgerlichen Opposition, der Magistrat treibe Unfug mit der Vorlage, ein und nagelt eine solche Kampfesweise öffentlich fest.

Die Frage, ist die Parole „Los von der Elbe!“ nötig, sei zu bejahen; ebenso die Frage, ob die Vorlage technisch und finanziell durchführbar sei. — Die Vorlage sei hier und da in Mißkredit gekommen wegen des Nichtverstehens des Wortes „Bruch“. Man hätte das Wort gar nicht brauchen sollen, denn die Stelle, wo das Wasser herkäme, sei der Fienner Bruch, und nur die Anlage solle im Fienner Bruch zu stehen kommen. Manche Leute stellten sich unter dem Wort „Bruch“ wer weiß was vor! Wenn der Sachverständige Prof. Zhiem die Vorlage empfehle, so sei das doppelt anzuschlagen, denn sein auf derselben Grundlage aufgebautes Wasserwerk bei Leipzig funktioniere seit 1892 vorzüglich. — Eine Hauptfrage sei ferner die: Wann ist es Zeit, an die Staatsregierung wegen des versprochenen Zuschusses heranzutreten? Die Antwort sei die, daß der günstigste Zeitpunkt der sei, wenn der Versuchsbrunnen ein günstiges Resultat ergeben habe. Ansprüche auf Entschädigung des (heute herrenlosen) Landes unter der Erde seien nach dem sehr trefflichen Rechtsgutachten des Justizrats Krause-Berlin nicht zu befürchten.

Was die finanziell: Frage anbelangt, so dürfen die Mehrkosten nicht den Hausbesitzern, sondern den gut-bemittelten und mittelständigen Kreisen, kurz, allen aufgelegt werden, die einen Nutzen von der Vorlage haben.

Wie aber steht's mit der Arbeiterschaft? Die Frage ist die bedeutsamste. In vier Wohnhäusern, alle gleich, habe ich ausgerechnet, daß bei Erhöhung des Wasserpreises von 12 auf 20 Pfg. auf jede Familie eine Mehrausgabe von 2,65—3,29 eintritt — also pro Tag knapp 1 Pfg. —

Neue Steuern dürfen allerdings nicht entstehen, sei auch nicht nötig, da eine solche geringe Mehrbelastung von jedem getragen werden könne. — Magdeburg habe schöne Fortschritte gemacht, habe Kanalisation, Anlagen, reine Straßen zc. geschaffen. Ein Lied nur noch fehle in der Kette und das sei die Ausführung der heutigen Vorlage. (Beifall und Handclatschen.)

Stadt. Ungnade will nicht ohne weiteres auf Autoritäten schwören und verweist auf die schlechten Erfahrungen mit Carbelig. (Redner wendet sich in längerer Rede, die er furchtbar schnell abliest, so daß ihn der Vorsitzende bitten muß, nicht so zu eilen, gegen die Vorlage.) Durch die Entnahme des Wassers würde die dortige Gegend zur Wüste. (Schallendes Gelächter, worüber der Redner sehr wütend wird. Er ruft dem Oberbürgermeister zu, nicht zu früh zu lachen. Erneutes Gelächter.) Redner schließt, unter keinen Umständen zum Fienner Brunnens zu gehen.

Stadt. Demar: Der Staat habe die Industrie an der Saale zc. großzügig, dadurch uns aber ungerecht behandelt, da Magdeburg fortwährend laboriert habe — dem Mangel an gutem Wasser. Der Zeitpunkt, wann man an die Regierung herantreten müsse, sei im jetzigen Augenblick am günstigsten. Redner stellt den Antrag, den Magistrat zu beauftragen, mit der Regierung insoweit in Verhandlungen zu treten, daß die Stadt ein Drittel der Staat und die Haupt-Interessenten ebenfalls je ein Drittel zu den Kosten bezutragen hätten. (Widerpruch.)

Stadt. Vork. Frietze dankt den beiden Referenten für die lichtvollen Vorträge und bepricht dann die früheren Beratungen derselben Frage von vor 12 Jahren ab. Schon vor Jahren habe Minister Werle sich darauf hingewiesen, daß die Flüsse nicht zur Entnahme des Trinkwassers da seien und daß es nicht angängig sei, der Industrie die Abführung von Abwässern in die Flüsse zu verbieten. — Die Gegner der Vorlage seien nicht in der Lage gewesen, andre Plätze an Stelle des Fienner Bruchs anzugeben. — Eine Kommission von 21 Mitgliedern sei ihm zu klein, dieselbe müsse vergrößert werden, damit jeder Sachverständige mit seinen Erfahrungen dienen könne.

Stadt. Sippert versteht gar nicht, wie man jetzt, anstatt froh zu sein, endlich besseres Wasser zu erhalten, Opposition mache. Man habe für die (einfache) Rohrleitung gespart. Aber an den gefährlichen Stellen sei ja schon die doppelte Leitung vorgezogen. Das Wasser würde entnommen aus einer Tiefe von 10 Metern und sei durch Sandfilter vorzüglich gereinigt, schmecke daher viel besser als das Wasser der Oberflüche. Redner ist für sofortige Bewilligung der 500 000 Mark, hat aber nichts gegen Kommissionsberatung.

Stadt. Dr. Rosenthal (auf der Tribüne unverständlich) ist für (?) die Vorlage.

Stadt. Stern bekennet sich als warmer Freund der Vorlage und lobt den Magistrat über die Maßnahmen des Fleißes und der Geschäftlichkeit, Energie zc., die der Magistrat an die Vorlage verwendet. — Die finanzielle Regelung sei auch dann noch leicht, wenn sie anders gefälle, als wie es der Magistrat wolle. Es ginge zum Beispiel auch, wenn 1/5 aus allgemeinen Steuermitteln (Droh), 1/5 von den Mietern und 1/5 von den Interessenten erhoben würden. — Eine wesentliche Verbesserung des Elbwassers durch Filtration sei nicht zu erwarten. Redner bittet den Magistrat, der Kommission ein begründetes ärztliches Gutachten über den Zustand des Wassers vorzulegen. — Redner wendet sich unter Heiterkeit gegen die Oberflächlichkeit des Stadterordneten Ungnade. Wenn man sich nicht auf die Urteile der Sachverständigen verlassen wolle, so müsse man sich doch fragen, warum man überhaupt hier sitze. Möchte nie der Fall eintreten, daß die Gegner ihre jetzige Stellungnahme gegen die notwendige Wasserber-jorgung bereuen. (Bravo!)

Oberbürgermeister Schneider: Die Beratungen hätten auf der Höhe der Situation gestanden, und das sei erfreulich. Die Zustimmung der Stadterordneten sei eine keine Entschädigung für so manchen Kummer, manche Sorge und manches Leid, das der Magistrat in letzter Zeit erlitten.

Unter den Gegnern befänden sich auch leider Leute von Ruf und sogar ein Arzt (Dr. Steinhauser). Die Red. habe sich als Feind der Vorlage bekannt. Leider! Dieser habe sogar behauptet, die Stadt Mannheim habe mit der Grundwasserber-jorgung so schlechte Erfahrungen gemacht, daß man sie wieder abschaffen wolle. Auf seine (des Redners) Anfrage habe er telegraphisch und telephonisch die Mitteilung erhalten, daß Mannheim gar nicht daran denke, von der Grundwasserber-jorgung abzugehen! (Hört, hört! Bezeugung.) Stadt. Ungnade, der sich jetzt als heftiger Gegner der Vorlage bekennet, habe bisher selbst in der Kommission zweimal dafür gestimmt! (Hört, hört!) In der Presse und in Versammlungen sei bestritten worden, das zu erwartende Wasser sei vorzüglich. Allein die Wissenschaft habe längst festgestellt, daß das Grundwasser in allen Fällen besser sei als das durch Filtrieren erhaltene Oberflächentwasser. (Redner beweist das an der Hand der Untersuchungen des Dr. Pfeiffer.) Und deshalb dürfe man nicht die Dinge so wie bisher weiter gehen lassen. Man solle dem „lieben Gott“ danken, daß er uns vor einer ähnlichen Wasserlaramität wie der vom letzten Winter behütet habe. Redner warnt davor, schon jetzt die Regierung um den Zuschuß anzugehen. Die 500 000 Mark würden zu Vorarbeiten gebraucht und von deren Ausfall hinge die Verpflichtung der Regierung ab. Auch den Standpunkt: Wenn der Staat nichts gibt, machen wir nichts, dürfe man nicht einnehmen, denn dann müsse man die Vorlage eben allein ausführen. Von einem 1/5-Zuschuß könne natürlich keine Rede sein. — Dringend nötig aber sei der allem Eile! Die Vorbereitungen erforderten viel Zeit und man müsse alles daran setzen, der jetzigen Wasserlaramität so schnell wie möglich ein Ende zu machen. Die Entscheidung des Ministers sei bis 1905 zu erwarten und so sei bei jenem Arbeiter zu hoffen, daß Magdeburg bis 1906 endlich seine neue Wasseranlage habe. (Bravo!)

Wasserwerksdirektor Dieckmann weist darauf hin, daß die Elbe jetzt derart verunreinigt sei, daß die Zeit kommen könne, wo

Ein netter Feuerwehrrorstand!

Das Schöffengericht Solingen verurteilte den städtischen Baubeamten Seilhausen...

Selbstmord am Grabe des Gatten und Schwagers.

Auf dem neuen Kirchhofe der St. Johannis-Gemeinde in der Jungfernheide bei Lübbense...

Prügelnde Gendarmen.

Vor dem Kriegsgericht in München wurde gegen zwei Gendarmen verhandelt...

Der Dresdner Glücksspielerprozeß.

In Dresden ist nach sieben tägiger Verhandlung ein Glücksspielerprozeß zu Ende geführt worden...

Explodiertes Pulvermagazin.

Ueber eine Explosion, bei der viele Menschen umgekommen sind, wird aus New-York berichtet...

Kleine Tageschronik. Im Kwiilecta-Prozeß beschloß der Gerichtshof die Verhaftung der Zugin Dierkowska...

Bereins-Kalender.

Unterrichtungsverein der Kupferschmiede. Sonnabend den 7. November, abends 9 Uhr...

als Dr. M. am 30. August aus der Haft entlassen und das gegen ihn eingeleitete Strafverfahren eingestellt wurde...

Das Gericht verurteilt die Sache und beschloß, nachmals ein ein ärztliches Gutachten über Rühlpfordts Geisteszustand...

Neuhalbensleben, 6. November. (Versammlung und Kalenderverbreitung.) Parteigenossen! Am Sonntag nachm.

Am Sonntag findet auch die Kalenderverbreitung statt. Die Genossen von Neu- und Althalbensleben...

Queblsburg, 6. November. (Bei den Stadtverordneten wahlen) seien wie vorauszu sehen war, die „Gutgeantanten“...

Stadtrat Klinghardt: Alle die Gründe, die in letzter Zeit in Bezirksversammlungen gegen die Vorlage vorgebracht wurden...

Stadth. Garmann: Sie ist die Vorlage, die Sie wohlwollend gegenübernehmen, wichtig genug...

Er sei in mancher Hinsicht bei dieser Debatte an Hörsens „Rolle“ erinnert. Nehmsie Szenen wie dort hätten sich auch hier abgespielt...

Die „Vorgeschichte“, die die Vorlage drinnen erfahren, liegt viel an dem „Sagen“ der sogenannten „unparteiischen“ Presse...

Die „Vorgeschichte“ der Vorlage, die die Vorlage drinnen erfahren, liegt viel an dem „Sagen“ der sogenannten „unparteiischen“ Presse...

Stadth. Brandt: (mit lauten Ull-Ausrufen) Ich will die Vorlage niemals eingehen, nicht ohne meine früheren Beschlüsse...

Die Abstimmer. Bei der Beratung der Vorlage wurde einstimmig angenommen...

Chemnitz, 6. November. (Beratung.) Im Diensttag sind im hiesigen Reichstags-Saal eine große Versammlung...

Chemnitz, 6. November. (Beratung.) Im Diensttag sind im hiesigen Reichstags-Saal eine große Versammlung...

Die Debatte über die Vorlage wird in der nächsten Sitzung fortgesetzt. Man findet Dialekte von der Größe eines Steinbeißers...

eine Meinung fast gar nicht mehr möglich sei. Gätte er (Redner) damals im Winter die volle Wahrheit gesagt...

Stadth. Garmann: Sie ist die Vorlage, die Sie wohlwollend gegenübernehmen, wichtig genug...

Stadth. Brandt: (mit lauten Ull-Ausrufen) Ich will die Vorlage niemals eingehen, nicht ohne meine früheren Beschlüsse...

Stadth. Garmann: Sie ist die Vorlage, die Sie wohlwollend gegenübernehmen, wichtig genug...

Stadth. Brandt: (mit lauten Ull-Ausrufen) Ich will die Vorlage niemals eingehen, nicht ohne meine früheren Beschlüsse...

Stadth. Garmann: Sie ist die Vorlage, die Sie wohlwollend gegenübernehmen, wichtig genug...

Stadth. Brandt: (mit lauten Ull-Ausrufen) Ich will die Vorlage niemals eingehen, nicht ohne meine früheren Beschlüsse...

Stadth. Garmann: Sie ist die Vorlage, die Sie wohlwollend gegenübernehmen, wichtig genug...

Stadth. Brandt: (mit lauten Ull-Ausrufen) Ich will die Vorlage niemals eingehen, nicht ohne meine früheren Beschlüsse...

Stadth. Garmann: Sie ist die Vorlage, die Sie wohlwollend gegenübernehmen, wichtig genug...

Stadth. Brandt: (mit lauten Ull-Ausrufen) Ich will die Vorlage niemals eingehen, nicht ohne meine früheren Beschlüsse...

Stadth. Garmann: Sie ist die Vorlage, die Sie wohlwollend gegenübernehmen, wichtig genug...

Stadth. Brandt: (mit lauten Ull-Ausrufen) Ich will die Vorlage niemals eingehen, nicht ohne meine früheren Beschlüsse...

Stadth. Garmann: Sie ist die Vorlage, die Sie wohlwollend gegenübernehmen, wichtig genug...

Stadth. Brandt: (mit lauten Ull-Ausrufen) Ich will die Vorlage niemals eingehen, nicht ohne meine früheren Beschlüsse...

Provinz und Umgegend.

Verlehen, 6. November. (Beratung.) Die Strafen sind für die Verlehener des August-Verlehen zu werden...

**Gegründet 1862**

**Das Allerneueste**  
in 1064

Herren- Paletots  
Jünglings- Anzügen  
Knaben- Loden-Joppen

Riesige Auswahl! Eigne Fabrikation!  
Mass-Anfertigung  
feinster Herren-Kleidung

**L. Maerker**  
Magdeburg, Breitweg 80/81  
neben der Katharinenkirche  
Parterre u. I. Etage.

Beste und gediegenste Arbeiter-Garderoben

Hüte, Mützen u. Jagdwesten in grösster Auswahl

Neueste und Bekannteste Bezugsquelle!

**Geschäfts-Gröpfung.**

Einem werten Publikum von Magdeburg und Umgegend sowie meinen Freunden und Bekannten die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage

**13 Kaiserstrasse 13**  
(Ecke Wilhelmstrasse) ein

**Zigarren- und Zigaretten-Spezial-Geschäft**

eröffnet habe.

Indem ich bemüht sein werde, die mich beehrende Kundschaft in jeder Weise zufriedenzustellen, bitte ich, mein Unternehmen gütigst zu unterstützen.

Hochachtungsvoll

**Eugen Königsmark.**

**Schneeweisse Wäsche**  
ohne Bleiche  
gibt

**Dr. Thompson's Seifenpulver**  
Marke Schwan.

Täglich frische

**Molkerei - Butter**  
hochrein im Geschmack  
das Pfund Mk. 1.20

5% Rabattsparten!  
5%

Butterhdq. „Edelweiss“  
Inh.: J. Lehmann  
Eudenburg 1233  
40 Halberstädterstrasse 40.

**Billige Offerte!**

Feinste Raffinade, Pfd. 22 Pf.  
Pa. Am. Schmalz, Pfd. 48 Pf.  
Reich gelochtes Pflanzenmus,  
Pfd. 15 Pf. Delikat marinierte  
Seringe, Stüd 9 Pf. Pa. Salz-  
heringe, Stüd 5 bis 8 Pf. Hoch-  
seine Land-Rotwurst u. Leder-  
wurst, Pfd. 70 Pf. ff. Zerbelat-  
und Schinkenwurst, Pfd. 1  
Pötelfleisch, Pfd. 30 u. 40 Pf.  
Schälrippe, Pfd. 50 Pf. Schinken-  
geräucher u. gelocht, ¼ Pfd. 35 Pf.  
empfehl. **Albert Nünnecke,**  
Eudenburg, Gesehlsstr. 6a. 471

**Winter-überzieher**  
Liefert 1061

auf Abzahlung  
**Theodor Matthias**  
Heiligegeiststr. 36, I.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, diejenigen Geschäfte zu berücksichtigen, die uns und unsere Sache unterstützen.

**Nur noch kurze Zeit**  
dauert der

**Ausverkauf zu auffallend billigen Preisen**

**Emil Grand, Halberstadt.**

Neues illustriertes Kochbuch • Preis 2 Mk. zu beziehen durch die Buchhandlung Volksstimme, Magdeburg, Jakobsstrasse 49

**Direkt vom Fabrikant kauft man am besten!**



Verkauft per Stück  
nachmet

Verkauft per Stücken  
nachmet

Nr. 102 „Flor de Mexiko“ (Größe wie Abbildg.), eine wunderbar schöne, graue, vollsaftige St. Andreas Merito-Zigarre, Stüd 10 Pf., Dhd. 90 Pf., 50 Stück-Stücken 3.50 Mk. Außerdem div. andre Sorten hervorragender Merito-Zigarren: Nr. 84 Stüd 8 Pf., Dhd. 70 Pf., Nr. 265 Stüd 7 Pf., Dhd. 60 Pf.; Nr. 61 Stüd 6 Pf., Dhd. 50 Pf.; Nr. 42 Stüd 4 Pf., Dhd. 40 Pf. — Ferner über 100 andre schöne Sorten: Sumatra, Havanna, Fely, Borsenland usw. Alle Sorten vom Duhsend ab zu den bekannten Fabriks-Wille-Preisen, z. B. alle 5 Pf.-Sorten Dhd. 45 Pf., 100 Stüd 3.25 Mk.; alle 6 Pf.-Sorten Dhd. 50 Pf., 100 Stüd 4 Mk. usw. Daher auch für Wiederverkäufer beste Bezugsquelle. Alle Marken eignes Fabrikat aus garantiert nur rein überseeischen besten und reifsten Tabaken. — Außerdem empfohlen Zigaretten der bedeutendsten Fabriken, wie: Jasmagi, Kokmos, Sulima, Yenidje, Adler-Comm., Galpano zc. von 1/10 ab zu Fabriks-Wille-Preisen.

Zigaretten-Fabrik Paul Meissner & Co., Haupt-Geschäft u. Fabrik: Schrotborferstrasse, neben dem Galthaus „Zum goldenen Stein“. Zweites Geschäft Breitweg 253 im Galthaus Blumenthalstrasse. Filiale Eudenburg: Otto Fulbrecht, Halberstädterstrasse 117. Filiale Burg: E. Bittkau, Jakobstrasse 5.

**Sohlleder - Ausschnitt**

sowie sämtliche Schuhmacher-Verarbeitungs-Artikel zu den billigsten Preisen empfiehlt

**Joseph Kullmann**  
vormals Röder & Drabant  
25 Jakobstrasse 25.

**H. Köper**  
Halberstadt, Hoheweg 15  
Grösstes Pelzwarenlager

eigener Fabrik am Plage.

Elegante Ausführung. Solide Preise.

„Odeum“ **Halberstadt** „Odeum“

Sonntag den 8. November 1903, nachmittags 4 Uhr

**Öffentliche Volksversammlung.**

Tages-Ordnung:

**Die bevorstehenden Landtagswahlen.**

Referent: **Hans Marckwald**, Redakteur der „Volksstimme“, Magdeburg.

Ein zahlreicher Besuch dieser Versammlung ist unbedingt erforderlich.

Der Einberufer.

**Halberstadt. Halberstadt.**

„Restaurant zum Güterbahnhof.“

Meinen werten Freunden und Bekannten diene hierdurch zur Nachricht, daß ich die Verwaltung des **Gewerkschaftshauses** aufgegeben und dafür **Gleimstrasse 1** in der Nähe des Güterbahnhofs ein neues Lokal eröffnet habe.

Indem ich für das mir in vollem Maße erwiesene Wohlwollen herzlich danke, bitte ich, mir dasselbe auch in meinem neuen Unternehmen gütigst zuteil werden zu lassen, und desvorsch gleichzeitg für gute Speisen und Getränke stets zu sorgen.

Hochachtungsvoll

**Hans Suhsbauer.**

J. Brilles, Magdeburg-Neustadt.

1839

Größtes Spezial-Geschäft am Platze. Emaile, Steingut, Porzellan, Lampen, Nippes Geburstags-, Hochzeits- und Gelegenheits-Geschenke.

Filz-Schnallenstiefel Filz-Schnürstiefel Filz-Schuhe Filz-Pantoffel Filz-Sohlen W. Coors, Magdeburg

Schuhwaren! Billig! Billig! Herren- u. Damenstiefel, Stiefel...

Genossen, Arbeiter u. Arbeiterinnen! Berücksichtigt bei Euren Einkäufen die Inserate in heutiger Nummer!

Alfred Wernickes Restaurant Agnetenstrasse 6. Grosses Preis-Billardspiel

146. Pfand-Versteigerung Am Mittwoch den 11. November 1903...

Wringmaschinen von 12 Mark an Wringmaschinen-Reparaturen

P. P. Hierdurch die ergebene Mitteilung, daß ich die Restauration Umfassungsstraße 37 übernommen habe...

Groß. Prämien-Billardspiel Sonnabend den 7. November in Müllers Restaurant

Albert Brennecke Magdeburg-S. Kalkhofstr. 121 b

Städtische Arbeitsnachweistelle Magdeburg unentgeltlich

Einladung zu der am Montag den 9. November 1903, abends 8 Uhr...

Leihhaus M. Korn. 11. Eckenstrasse 12b

W. Ebert Tischlermeister Grünarmstrasse 11

Stets zu billigsten Preisen: Winter-Überzieher Jackett-Anzüge...

Städtisches Orchester „Hofjäger“ Volkskonzert

Konferenz aller hier in Magdeburg vertretenen Hilfskassen-Ortsverwaltungen.

Winter-Überzieher Joppen, Herren-Anzüge...

Möbeln Spiegel und Polsterwaren zu bekannt billigen Preisen.

Adolph Michaelis Apfelstr. 16. Goldene u. silberne Herren- u. Damen-Uhren...

Stadt-Theater. Sonnabend den 7. November 1903

Zentral-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.

Winter-Überzieher Joppen, Herren-Anzüge...

Preiselbeeren Sonnabend den 7. November

Rosches' Restaurant Brunnengasse 2a

Henry's Zirkus L. grosser High-life-Abend

Öffentliche Volksversammlung für Cracau und Prester

Konkursmassen Schuhwaren Restbestand

Kalbsteisch billiger!! R. Bosse

Walhalla Signor Frizzo Bernhard Hörbitz

Aufforderung. Ich fordere alle diejenigen an...

Aschersleben. Sonntag den 8. d. M., nachmittags 3 Uhr...

7 Jakobstr. 7.

Frische Würstchen

Schönebeck. Große Volksversammlung Sonntag den 8. November...

Schlagen — mit dem bebauenswerten Högling in ein andres Zimmer ging und mit dem Kinde allein blieb, um dort seiner leidenschaftlichen Erregung freien Lauf zu lassen.

Wir würden diesen Artikel nicht veröffentlicht haben, wenn wir nicht zahlreiche Schüler vernommen hätten, die uns alle dasselbe bekräftigten, unter ihnen junge Leute über 16 Jahre, denen das Gesetz für den Fall eines Prozesses bereits die Pflicht zum Schwur auferlegt. Wir sind gespannt, welche Maßnahmen der Magistrat ergreifen wird, um einer weiteren Prügelpädagogik in der Fortbildungsschule vorzubeugen.

— **Wieder einmal!** Das vierjährige Kind des Arbeiters Wiegell im benachbarten Dahlen war's Leben spielte in Abwesenheit der Eltern, die Mutter war auf dem Felde, mit Streichhölzern. Es entstand Feuer auf rätselhafter Weise, das Kind erlitt entsetzliche Brandwunden und wurde noch lebend nach dem Wilmirstedter Krankenhaus gebracht.

— **Festgenommen** wurden gestern in Cracau die Rowdys, die am Sonntag auf der Berliner Chaussee vier Radfahrer überfallen hatten. Ferner wurde in Cracau ein Arbeiter festgenommen, der vor einigen Wochen dem Wirt vom „Puffhauer“ vier Gänse gestohlen hatte.

— **Unbestellbare Postsendungen.** Am Mittwoch 11. November, vormittags 9½ Uhr, werden die in unbestellbaren Postsendungen vorgefundenen Gegenstände im Hause Prälatenstraße 5-6, Eingang 2, gegen Barzahlung öffentlich meistbietend verkauft werden.

— **Hinweis.** Der heutigen Nummer liegt ein Prospekt über die Moden-Zeitung „Fürs deutsche Haus“ bei. Wir bitten unsere Leser um Beachtung desselben.

### Der Kampf um das Majorat.

Rindesunterschiedungs-Prozess der Gräfin Swilecka und Genossen.)

a. Berlin, 5. November 1903.

In der heutigen Verhandlung ist eine bemerkenswerte Wendung insofern eingetreten, als auf Antrag des Staatsanwalts eine Zeugin, Frau Wiczkowska aus Wroblewo, unter dem dringenden Verdacht des Meineides sowie der Begünstigung der angeklagten Gräfin verhaftet worden ist. Nach Eröffnung der Sitzung stellt Justizrat Bronner neue

Beweisanträge. Er beantragt, den Kunstmaler und Zeichner Edmund Ebel aus der Kantstraße als Sachverständigen zu laden. Dieser werde erklären, daß er hier auf dem Korridor des Gerichts den Kleinen Grafen gezeichnet und dann erst den Zuschauerraum des Gerichtssaales betreten und die Gräfin auf der Anklagebank gesehen hat. Er sei sofort ganz frappiert gewesen von der Ähnlichkeit des Knaben mit der Gräfin.

Erster Staatsanwalt Steinbrecht beantragt, dann auch einen von ihm noch zu benennenden Beamten des Polizeipräsidiums darüber zu laden, daß eine große Ähnlichkeit zwischen dem Sohne der Cäcilie Meyer und dem angeblichen jungen Grafen bestehe.

Der Gerichtshof beschließt die Ladung der vorgeschlagenen Zeugen. An Stelle der vorgeschlagenen beiden Sachverständigen beschließt der Gerichtshof, einen noch auszuwählenden Porträtmaler zu laden, der infolge seines Berufes und seiner Autorität geeignet erscheint, ein Gutachten über Ähnlichkeiten abzugeben.

Es folgt eine Reihe von Zeugen, die über den Leumund des Zeugen Gehelst — Hauptzeuge für den Staatsanwalt — vernommen werden. Das Thema probandum war dahin angegeben worden, daß Gehelst in seiner Heimat sich keines guten Rufes erfreue und Inzident sei, der gewohnheitsmäßig die Menschen aufeinander heße.

Der Fuhrmann Kaiser erzählt einen Vorfall, bei welchem er gehört hat, daß die Gastwirtin Raslowiat in Wroblewo dem Zeugen Gehelst gehörig heimgeleuchtet hat. Die Wirtin habe diesem zugerufen: „Sie Lump, Sie Spion, machen Sie, daß Sie hinauskommen, unsre Gräfin hat ehrlich ein Kind geboren!“

Große Mühe macht dem Präsidenten die Vernehmung der Frau Wiczkowska aus Wroblewo, die völlig entgegengesetzt ihrer früheren vor dem Untersuchungsrichter abgegebenen eidlichen Aussage sich vernehmen läßt. Sie hat ein Tuch um den Kopf und ein Tragekind auf dem Arm und spricht Polnisch mit einer solchen Schnelligkeit, daß auch der geübteste Stenograph ihr nicht folgen könnte. Sie erklärt, daß nach ihrem bestimmten Wissen an dem Tage, wo die Nachricht von der Entbindung der Gräfin nach Wroblewo kam, die alte Andruszewska nicht verreist gewesen sei. Auch am Tage vorher sei die Alte zu Hause gewesen. — Der Vorsitzende hält ihr eindringlich vor, daß sie seitherzeit vor dem Untersuchungsrichter genau das Gegenteil unter ihrem Eide behauptet habe. Sie bezieht sich damit selbst des wissenschaftlichen Meineides und stehe vor der Gefahr, direkt eingesperrt zu werden. — Die Zeugin beteuert: „Sie können mir das Leben nehmen, Sie können mit mir machen, was Sie wollen, ich kann nicht anders sagen.“ Sie habe allerdings beim Untersuchungsrichter gemeint, aber nur, weil man sie so angegriffen und ihr gedroht habe, man werde sie vom Fleck weg verhaften. — Nach längerer Beratung wird hierauf die Zeugin unter dem Verdacht des Meineides auf der Stelle verhaftet. (Bewegung.)

Einige andre Zeugen machen ebenfalls widersprechende Aussagen. — Darauf wird die Verhandlung vertagt.

In der gestrigen Verhandlung, bei der unter andern auch der Droschkenkutscher Adolf Wille vernommen wurde, der am 26. Januar 1897 die Fahrt nach dem Schleißischen Bahnhof und der Königin-Augustastrasse gemacht hat, ist die Aussage des Wille auffallend: In dem Tage sei es sehr kalt gewesen, es hätte eine Kälte von 18 Grad geherrscht. Mit dieser Aussage im Widerspruch stehen die Witterungsbeobachtungen, die von amtlicher Seite aufgezichnet worden sind. Nach ihnen betrug die Temperatur am 26. Januar nachmittags 2 Uhr — 3,2 Grad, abends 8 Uhr — 6,8 Grad, am 27. Januar, früh 7 Uhr — 1,4 Grad, mittags 2 Uhr + 0,8 Grad. Da die Differenzen zwischen den Angaben Willes und dem wirklichen Thermometerstande eine Ueberschätzung ausschließen, dürfte die Möglichkeit eines Irrthums bezüglich des Tages, vielleicht sogar des Jahres nicht von der Hand zu weisen sein.

### Letzte Nachrichten.

(„Herald“, Depeschen-Bureau.)

Lyon, 6. November. In der Versammlung von gestern Abend, in welcher gegen die Stellenvermittlungs-Bureau's heftige Reden gehalten wurden, wurde eine Resolution angenommen, worin diejenigen Abgeordneten geladelt werden, welche gegen den Antrag Coutant in der Kammer gestimmt haben. Nach Schluß der Versammlung bildete sich eine Kolonne von 1500 Demonstranten, welche nach dem Centrum der Stadt marschirten. Als die Polizei dem Zuge entgegenzutreten wollte erfolgte ein Zusammenstoß, wobei die Polizisten mit Steinen beworfen und einer derselben schwer verletzt wurde. Die Polizei wurde zurückgedrängt und die Kundgebender marschirten weiter, wurden aber schließlich von neuem durch verstärkte Polizei aufgehalten. Es erfolgte ein zweiter heftiger Zusammenstoß, die Polizei wurde mit Steinen und Flaschen bombardiert, sowie Revolverkugeln abgefeuert. Der Kampf dauerte eine halbe Stunde. 20 Polizisten, sowie ein Arbeiter wurden verwundet; eine Anzahl Verhaftungen wurde vorgenommen.

In Marseille fand gestern eine große Versammlung gegen die Stellenvermittlungs-Bureau's statt, es kam jedoch zu keinerlei Aufrührungen.

Gablonz, 6. November. Der italienische Bauunternehmer Alois Cedolin aus Venedig verübte aus unbekanntem Grund ein Selbstmord, indem er eine Dynamitpatrone unter dem Arm zur Explosion brachte. Cedolin wurde vollständig in Stücke gerissen.

Paris, 6. November. (Fig. Drahtb.) „Steele“ berichtet, daß Waldeck-Roussieu in aller nächster Zeit an Stelle von Combes das Ministerpräsidium übernehmen werde.

Paris, 6. November. (Eig. Drahtbericht.) Das Blatt „Gros“ meldet aus Rom, daß der dem Vatikan beigeordnete Archivar Peter Denifle ein von ihm verfaßtes Werk über Luther und die Reformation dem Papst überreicht habe. Das Bekanntwerden dieses Werkes würde in protestantischen Kreisen großes Aufsehen hervorrufen.

# Unsre Strickgarne nur erprobte Qualitäten, sind unerreicht.

Marke Hohenzollern, das Beste für Herrenstrümpfe, Sternwolle, beste schwarze Strickwolle.

Nur bei uns zu haben.

Nur bei uns zu haben.

Im Interesse des geehrten Publikums bitten wir um Befichtigung unserer 20 Auslagen.

Sudenburg, Halberstädterstr. 118a.

**Bazar-Magdeburg,** Magdeburg, Jakobs- u. Peterstr.-Ecke.  
Buckau, Thiemstraße 1. **Wilhelmstadt, Annastraße 2.**

## 4 billige Schuhwaren-Tage

Wegen Ueberfüllung unsres Lagers in allen Abteilungen kommen

Freitag

Sonnabend

Sonntag

Montag

grosse Posten Schuhwaren zum Extra-Verkauf (Preise einzeln Artikel)

#### Abteilung für Herren:

Strapazierstiefel . . . . .	41/46	3.90
Boxleder-Agraffen . . . . .	41/56	6.90
Rossleder-Agraffen . . . . .	41/46	5.50
Rindspalt-Agraffen . . . . .	41/46	4.95
Boxcalf-Agraffen . . . . .	41/46	7.50
Rossleder-Strassenstiefel . . . . .	41/46	6.50
Tuch-Schnallenstiefel Lederbes. . . . .	41/46	6.75

#### Abteilung für Damenstiefel:

Boxcalf-Knopf-u.Schnürstiefel 36/42	5.50
Wichsl.-Knopf-u.Schnürstiefel 36/42	5.25
Satin-Kalbl.-Knopf-u.Schnürst. 36/42	7.50
Filzstiefel mit Lederbesatz . . . . .	36/42 3.50
Weisse Damenstiefel . . . . .	36/42 6.95
Filz-Kontorschuhe . . . . .	36/42 2.75
Rossleder-Strapazierstiefel . . . . .	36/42 4.90

#### Abteilung für Damenschuhe:

Lackspangenschuhe (ohne Roml.) 36/42	3.90
Rossl.-Schnür- (u. Knopfschuhe 36/42	3.50
Dongola-Spangenschuhe . . . . .	36/42 2.50
Filz-Steppschuhe, Lederbesatz . . . . .	36/42 1.10
Filzschuhe, Lederbesatz . . . . .	36/42 1.45
Filzschuhe, ohne Lederbesatz . . . . .	36/42 1.10
Lederschuhe, warm Futter, Abf. 36/42	2.95

#### Abteilung für Kinder:

Rossleder-Knopf- und Schnürstiefel				
21/24	25/26	27/30	31/35	
2.25	2.75	3.25	3.75	
Rossleder-Knopf- und Schnürschuhe				
27/30	31/35			
2.50	2.95			
Kinder-Filzschuhe mit Lederbesatz 4/7	85 Pf.			
Kinder-Filzstiefelchen . . . . .	19/22	90 Pf.		

Pantoffel kolossale Auswahl.

# Gebrüder Schachmann, Schuhwaren-Verkaufshaus

nur Breiteweg 69/70.

# Nicht nach Gutdünken

oder nach Vermittlung und Aussehen des Käufers stelle ich meine Verkaufspreise, sondern zeichne die Waren nach Eingang mit dem billigsten, deutlich verzeichneten, streng festen Verkaufspreis aus. Meine Verkaufspreise sind nicht nur mit dem bestimmten Aufschlag berechnet, sondern vor allem nach dem wirklich realen Wert der Ware. Seit Bestehen meines Geschäfts halte ich fest an diesem Prinzip und verdanke nur diesem den Aufschwung, den mein Geschäft genommen.

Ich empfehle

1219

## Anfertigung nach Maß

Grosses Stofflager — Guten Sitz — Beste Zutaten

**Winter** - Paletots 48 39 34 18 12 M.  
- Joppen - s. 15 12 10 7.50 5 M.

## Höcheleg. Jackett-Anzüge

das ganze der Saison in solcher feiner Ausfertigung . 45, 40, 35, 30, 25 bis 10 M.

## Hochfeine Rock- und Gehrock-Anzüge

aus feinh., im Tragen sich vorzögl. bewähr. Stoffen, 48, 44, 40, 36, 32, 28 bis 24 M.

## Jünglings- und Burschen-Anzüge

haltbare Stoffe, Jackett und Schaffocan . . . . . 24, 21, 18, 15, 12, 9 bis 7.50

## Aparte Knaben-Anzüge

in Halbjacke, sehr guten Facens und unübertroffener Auswähl . 15, 12, 10, 8, 7.50, 6, 5 bis 2.75

## Einzelne Stoff-Jacketts • Hosen • Westen

in ganz hervorragender Qualität und äusserst billigen Preisen.

## Sämtlich: Arbeits-Garderoben

Jacketts, Jacken, Hosen, Westen, leichte Sommerkleidung in riesenhafter Auswähl.

Filzhüte — Regenschirme — Hemden — Unterzeuge — Sweaters  
Sportbekleid. — Sportmützen — Hosenträger usw.  
riesengrosse Auswähl, äusserst billige Preise.

# Ehrenfried Finke

125 Magdeburg 126  
Breiteweg

Haltestelle der  
Strassenbahn

Beachten Sie meine  
6 Ansagen

## H. Reichardt, Magdeburg - Henstedt

Jülicherstrasse 120 a

officiert für jetzige Jahreszeit in bekannt großer Auswahl:

Filzschuhe  
Filzpantoffel  
Gefütterte Lederschuhe  
Filz- und Tuchstiefel  
Gefütterte Lederstiefel  
Schaffstiefel in genäht und glatt Rindleder  
Holzschuhe in allen Sorten  
Gummischuhe  
Ballschuhe.

Für Kinder in allen Größen:

Gefütterte Stiefel, Filzschuhe,  
Pantoffel, Eggensocken u.

Großes Lager

in einfach kräftigen, sowie feinen

Herren-Stiefel

Damen-Stiefel

Kinder-Stiefel,

841

Billigste Preise. — Reelle Ware.

## Calbe a. S. Billigste Bezugsquelle in

**Wilhelm Rueff** Herren- und  
Knaben-Garderobe.  
Arbeiter-Kleidung

Querstrasse 1. Enorm billige Preise.

## Leder-Ausschnitt

Wie Leisten und Schuhmacher-Bedarfsartikel kaufen Sie am besten und billigsten bei

Meyer Michaelis, Gr. Marktstraße 8.

Gegründet 1864

## S. Levy, Sudenburg

Halberstädterstraße 41.

## Grosser Räumungs-Ausverkauf

Sämtliche Waren kommen jetzt unter regulären Preisen zum Ausverkauf.

Hüte, garniert u. ungarniert, Normal-Hemden und -Hosen, Jagdwesten, Sweaters, Decken, 1244 Lächer, Krawatten usw.

Wegen vollständiger Aufgabe

Ein Posten Herren-Loden-Joppen zu jedem annehmbaren Preise, Kinder-Jäckchen und -Kleider, Kinder-Trikots 25 Pfg., Schürzen für Damen und Kinder, Herren-Socken, Paar 17, 30 Pfg.

## Sülldorfer Landbrot

Das berühmte 6 Pfund schwer 60 Pfg. 1166

ist nur zu haben bei

## A. H. Völker, Butterhandlungen,

Jakobstr. 5 u. 26, Grünearmstr. 9-10 und Breiteweg 252, Ecke Blumenthalstr.

Gar. reines Schweineschmalz, 50 Pf.

## A. H. Völker, Butterhandlungen,

Jakobstr. 5 u. 26, Grünearmstr. 9-10 und Breiteweg 252, Ecke Blumenthalstr.

Bei den teuren Butterpreisen empfehle

## Hochfeine Margarine

Pfd. 60 Pfg. und 5 Proz. Rabatt.

## A. H. Völker, Butterhandlungen,

Jakobstr. 5 und 26, Grünearmstr. 9-10.

## Kohlen-Einkaufs-Vereinigung.

Zwecks Aufstellung der Jahresrechnung schließen wir voraussichtlich am — 15. November — und empfehlen bis dahin nach amtlichem Gewicht unsere vorzüglichen 1154

Prima Karbiher Stückkohlen für 66 Pf.

frei Keller. Mittelkohle 63 Pf. frei Keller, Schütte 30 Pf. ab Bahn. — Bestellungen ab 20 Zentner nehmen bei gleichzeitiger Zahlung entgegen die Herren: W. Lenz, Königstraße 18, (nur vormittags); Bocklow, Rathenowstr. 5 u. Schiffstr. 24 II; U. Bremer, Heydenstr. 8, part.; H. Manger, Annabr. 27, I; A. Bremer, Halberstädterstr. 112, III („Eiseller“); Kirchberg, Kuhroßplatz 1, II; Scholze, Schönebekerstraße 24, Eingang Dortheenstrasse. Der Vorstand.



## Provinz und Umgegend.

**Warleben, 5. November.** (Mehr Licht und weniger Schmutz.) Recht mittelalterliche Zustände herrschen hier noch bezüglich der Straßenbeleuchtung und -reinigung, besonders bei regnerischer und feuchter Witterung. Jeder Fremde, der nicht mit gutem Schuhwerk versehen ist, tut gut, bei Nacht Warleben zu meiden, denn er läuft Gefahr, in irgend einem Graben oder Schmutzloch stecken zu bleiben. Die Schuld an diesen traurigen Verhältnissen trägt einzig und allein nur die Gemeindeverwaltung. Diese ließ vor mehreren Jahren einen Feldweg, der  $\frac{3}{4}$  Stunden vom Dorfe entfernt ist, mit gutem Pflaster versehen, weil dort die Großbauern Wägen besitzen, während man im Orte selbst vor Schmutz mitunter nicht vorwärts kann. Aus den Sitzungen des Vorparlamentes selbst ist noch nie ein Ton in die Öffentlichkeit gedrungen. Im vergangenen Jahre wäre es sehr angebracht gewesen, etwas mehr Licht und weniger Schmutz in den Straßen! Um diesen Zweck zu erreichen, hat sich am vergangenen Sonntag eine Kommission gebildet, die in diesem Sinne eine Petition ausarbeiten und nach der Sammlung von Unterschriften dieselbe der Gemeindeverwaltung übergeben wird, damit Remedur geschaffen wird. Es ist die höchste Zeit, daß die Wähler der dritten Abteilung Männer in die Gemeindeverwaltung wählen, die dort die Interessen der dritten Klasse vertreten.

**Olvenstedt, 5. November.** (Auf zur Kalender-Verbreitung!) Am Sonntag den 8. November wollen sich die Genossen in Massen an der Agitation beteiligen. Am Sonnabend abend treffen sich die Parteigenossen zur Empfangnahme der Kalender im Lokale des Herrn Schinke. Um eine rege Beteiligung seitens der Genossen ersucht die Kreisparteileitung.

**Bernburg, 5. November.** (Von der Polizeigewalt.) Dem Arbeiter Gottlieb St. war, nach dem „Volkst.“, der Aufenthalt im Polizeibezirk der Stadt Bernburg unterlag. Diesem Ausweisungsbefehle kam er auch nach, indem er seine Wohnung nach Roschütz verlegte, sein Arbeitsverhältnis in der Sodafabrik in Bernburg aber nicht auflöste, da er glaube, daß ihm durch den Ausweisungsbefehl nur das Wohnen in Bernburg unterlag würde. Das Schöffengericht Bernburg sprach den Angeklagten frei, indem es annahm, daß der Angeklagte unter Aufsicht die Haltung einer Wohnung in der Stadt Bernburg beabsichtige und daher im guten Glauben gehandelt habe. Die Strafkammer, die über die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Berufung verhandelte, nahm an, daß der Angeklagte aus Fahrlässigkeit dem Ausweisungsbefehle nicht vollends genügt hätte, und erkannte auf 1 Tag Haft.

Wir können es um alles in der Welt nicht begreifen, was es für einen Sinn haben soll, einen Menschen dadurch für die menschliche Gesellschaft unschädlich machen zu wollen, daß man ihn zwingt, ein Arbeitsverhältnis aufzugeben.

**Salze a. S., 5. November.** (Die Volksversammlung.) welche am Sonntag nachmittag in der „Reichshalle“ stattgefunden hat, war von etwa 300 Personen besucht. In einem äußerst wirkungsvollen Vortrag sprach unser Genosse Reichstagsabgeordneter H. v. Schmitt über die bevorstehenden Landtagswahlen. Der Redner behandelte im ersten Teile seines Vortrages die Geschichte des Dreiklassen-Wahlrechts, im zweiten wie das Wahlrecht sich entwickelte und endlich im dritten behandelte derselbe die Frage der Bedeutung des Landtags. An der Hand eines reichen Materials der neueren Zeit bewies der Redner die Notwendigkeit, daß die Sozialdemokratie in preussischen Landtag vertreten sein muß. Mit der Aufforderung, manhaft bei den Wahlen für die Sozialdemokratie einzutreten, schloß der Redner unter brausendem Beifall seinen begeisterten ausgenommenen Vortrag.

**Salze a. S., 5. November.** (Vortrag.) Am Sonnabend veranstaltete der Konsum-Verein für seine Mitglieder einen Lichtbilder-Vortrag über die deutsche und englische Genossenschaftsbewegung.

**Erfurt, 5. November.** (An eine parteigenössische Pflanz-) muß der „Vorwärts“ die Kommission der hiesigen „Tribüne“ erinnern. Er schreibt sehr treffend zu der Inhaftierung des Genossen Sommer und der indirekten Verweigerung

der Selbstbeschäftigung: „Wir schließen uns dem Proteste gegen diese ganz ungerechtfertigte Erschwerung der Selbstbeschäftigung in jeder Beziehung an. Andererseits können wir aber nicht umhin, unsere Bewunderung darüber auszusprechen, daß das Erfurter Parteiblatt den eingefleischten Redakteur nicht in die Lage versetzt, den für Genossenschaft der Selbstbeschäftigung erforderlichen Betrag zu zahlen. Daß dieser freiwillig darauf verzichtet, ist wohl nicht anzunehmen. Der im Dienste der Partei ins Gefängnis geratene Redakteur hat begründeten Anspruch darauf, daß ihm die Erlangung gewisser Haftersicherungen nicht durch Verjagung der erforderlichen Geldmittel unmöglich gemacht wird.“

**G. Halle, 4. November.** (Wer liebt, muß leiden.) Als der Verleger der konservativen „Halleischen Zeitung“, ein Herr, der schon wiederholt der Halleischen Bürgererschaft mit „glänzendem Beispiel“ vorangegangen ist, eines Abends auf dem Bahnhof umherlanierte, wurde er von einer feinen Wienerin, die hier zum Jahrmarkt in einem Hippodrom ritt, um ein „Schlafgeld“ angesprochen. Herr D. drückte der kleinen schwarzen Wienerin ein Fünzig-Pfennigstück in die Hand und ließ sich dann „verführen“, mit der Dame etwas auf dem Güterbahnhof umherzuwandeln. Was sich da weiter abgepielt hat, darüber wollen wir den Mantel der Stillschweigen breiten. Unangenehm zumute war es nun Herrn D., daß ihm, als er am anderen Morgen erwachte, seine goldene Uhr im Werte von 530 Mark fehlte. Hätte Herr D. über die Sache geschwiegen, er wäre „Philosoph“ geblieben. Aber er zeigte die Sache, um wieder in den Besitz seiner Uhr zu gelangen, der Polizei an und die Folge davon war, daß die kleine Wienerin verhaftet wurde. Herr D., ein Kämpfer für Ordnung und Sitte, bekam seine Uhr nicht wieder und die Reiterin bestreitet, dieselbe genommen zu haben. Nun wird sich das Gericht mit der Sache befassen.

**Schönebeck, 5. November.** (Wichtige Versammlung.) Am Sonntag den 8. d. M., nachmittags 3 Uhr, findet in der „Tonhalle“ eine große Versammlung statt, in welcher der Redakteur der „Magdeburger Volksstimme“ Genosse Robert Albert über die Gefährlichkeit der preussischen Junter und die bevorstehenden Landtagswahlen sprechen wird. Parteigenossen! Agitiert für guten Besuch dieser Versammlung!

**Bernigerode, 5. November.** (Zur Wahl!) Sonnabend abend findet in „Volksgarten“ eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse P. K. über seine Tätigkeit als Stadtoberordneter Bericht geben wird und Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl aufgestellt werden sollen. Da schon am kommenden Montag die Stadtverordnetenwahlen stattfinden, ist für guten Besuch dieser Versammlung Sorge zu tragen.

## Gerechts-Beitrag.

Kriegsgericht der 7. Division.

Sitzung vom 5. November 1903.

Verhandlungsleiter: Kriegsgerichtsrat Kahne; Vertreter der Anklage: Kriegsgerichtsrat Dieg. Als Verteidiger fungiert Rechtsanwalt Thoyke.

Wegen Fahnenflucht, Diebstahl, Preisgabe von Dienstgegenständen, Urkundenfälschung, Annahme eines falschen Namens usw. ist der Musiker Hugo Hauff aus Posen, 11. Komp. 66. Inf.-Regiments, angeklagt.

H., der bereits wegen mehrerer Diebstähle vor seinem Dienst eintritt mit Gefängnis vorbestraft ist, hat seinen Truppenteil am 19. Juni 1902 in der Absicht verlassen, sich dauernd von seiner Truppe fernzuhalten. Bei seinem Abgang hat er ein paar Stiegleiten, einem Kameraden gehörig, mitgehen lassen. Auf seinen Kreuz- und Querzügen, die der Angeklagte bis zu seiner am 18. August 1903 bei Hameln erfolgten Verhaftung in Deutschland und der Schweiz ausführte, hat er sich wieder verschiedener Schwindeleien, Diebstähle, darunter einige schwere, in Stendal schuldig gemacht.

Hauff, der von Beruf Schlosser ist, gibt die absichtlich ausgeführte Fahnenflucht zu. Er habe mehrere Arreststrafen verbüßt gehabt und als er sich nach Verbüßung derselben bei seinem Feldwebel und Hauptmann gemeldet habe, hätten ihm diese bei event. Wiederholung seiner Straftaten mit der Arbeiterabteilung gedroht. Aus diesem Grunde habe er den Entschluß der Fahnenflucht gefaßt und auch ausgeführt.

In Berlin ist Angeklagter mehrfach festgenommen und hat durch die Annahme eines falschen Namens unrichtige Eintragungen in die Gefangenenslisten veranlaßt.

Die Angaben des Angeklagten klingen wenig glaubwürdig. Er verwickelt sich bei seiner Vernehmung in häufige Widersprüche, die sich durch die Zeugenvernehmungen noch vermehren.

Um 2 Uhr wird die Beweisaufnahme geschlossen. Der Vertreter der Anklage ist erstaunt über die Dreistigkeit und Unberechenbarkeit, mit der der Angeklagte dem Gericht eine so wunderbare Mär, wie geschieden, aufgesetzt habe. Alles, was der Angeklagte über die Herkunft der gestohlenen Sachen angeführt, habe sich nach den Zeugenaussagen als purer Schwindel erwiesen. Es wird vom Vertreter der Anklage unter Ausschluß mildernder Umstände eine Gesamtstrafe von 4 Jahren Zuchthaus, 3 Wochen Haft, 5 Jahren Ehrverlust, Polizeiaufsicht und Ausschluß aus dem Heere usw. beantragt. Während der Begründung der Strafbemessung bricht der Angeklagte in Tränen aus.

Der Verteidiger hält es in vorliegenden Falle für schwer, diejenigen Punkte herauszuföhlen, an denen die Verteidigung ansetzen könnte. Er gebe aber zu bedenken, daß ein Fahnenflüchtiger gleich sei einem gehetzten Wilde. Der Angeklagte hat nicht Gold und Silber gestohlen, sondern Zivilkleider. Alle übrigen Verfehlungen seien von diesem Gesichtspunkt aus zu betrachten.

Der Verteidiger plädiert deshalb in längeren Ausführungen auf ein weit geringeres Strafmaß. Der Angeklagte nimmt von seinen Angaben nichts zurück, sondern bittet nur unter Tränen, ihm die Polizeiaufsicht abzunehmen. Das Urteil lautet unter Zustimmung mildernder Umstände auf eine Gesamtstrafe von 4 Jahren Gefängnis, 3 Wochen Haft, 4 Jahren Ehrverlust, Verweisung in die 2. Klasse des Soldatenstandes und Ausstoßung aus dem Heere. Eine Erklärung gibt der Angeklagte nicht ab.

## Bereine und Versammlungen.

Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter.

Eine gut besuchte öffentliche Maurer-, Zimmerer- und Bauarbeiter-Versammlung tagte am Donnerstag um 5 1/2 Uhr an im „Luifenpark“. Es galt Stellung zu nehmen zum Ausbau der inneren Verhältnisse; gegen die Lohnausfälle auf den Schwindelbauern und Herbeiföhührung eines Beschlusses über ein Baudeputierten-Regulativ. Da die Versammlung durchaus sachlich verlief, wurden alle Tagesordnungspunkte im Interesse der Organisationen erledigt und somit ein wichtiges Stück praktischer Arbeit geleistet.

Zum ersten Punkte „Die Organisationen im Baugewerbe und welche Aufgaben haben dieselben in nächster Zeit zu erfüllen“ referierte der Gauborstand Kollege J. Koch. Redner beleuchtet in großen Zügen die bisherige Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen unter besonderer Berücksichtigung derjenigen der Bauhandwerker.

Auf Grund seiner Erfahrungen glaubt K. bemerkt zu haben, daß die Spannkraft in den Mitgliedsverbänden der Bauhandwerker nachzulassen drohe. Diese Erscheinung, die sich besonders in Zeiten der schlechten Konjunktur bemerkbar mache, sei sehr zu bedauern. Soll eine Organisation voll und ganz ihre kulturhistorische Mission erfüllen, dann darf sie nicht nur eine Erschlaffung, geschweige eine Degeneration der Mitgliederzahl eintreten. In den Jahren 1895-1900 ist in allen Verbänden der Bauhandwerker eine starke Zunahme der Mitglieder zu verzeichnen. Diese Tatsache habe den Unternehmern Respekt eingeößt.

In den Jahren 1900-1902 hat aber eine kleine Abzöhlung stattgefunden. Ist die Zahl auch nur gering und nicht ausschlaggebend, so müssen doch Vorbeugungsmaßregeln getroffen werden, um diese Krankheit an einer weiteren Ausdehnung zu hindern.

Redner schildert in längeren Ausführungen die Ursachen, die in den verschiedenen Orten zu diesem Rückgang geführt haben. Dabei müsse konstatiert werden, daß die finanzielle Kraft der Organisationen sich stetig verbessert habe.

In den Jahren 1895-1902 betrug das Vermögen der Mitglieder der Baurenzorganisation von 4,31 Mark auf 15,92 Mark pro Kopf gestiegen. Bei den Zimmerern und Bauarbeitern sei das Verhältnis ähnl.

## Genilleton.

Rachdruck verboten.

### Im Wirbel.

Ein Buch aus der Anarchie des Lebens. Von Karl Korburger. (37. Fortsetzung.)

Stras' Nachbar, Dr. Gillingen, der grellste Kontrast. Was an ihm häßig, überstürzend, Rede, Gesten und Gedankengang, selbst die Augen wirbeln raslos. Die Person gewordene Ungeduld. Ein gewaltiger Zwischenrufer der Debatte. Unjähig sein Temperament zu beherrschen, Regeln oder Gesetzen sich zu fügen. Seine Lippen zucken nervös, die Finger sind stets geschäftig.

Ein alter Mann, mit grauem Anebelbart, rüstig und stämmig, sitzt neben ihm. Ein Bahnarbeiter, Pareiner. Im Herzen eigentlich noch immer Sozialdemokrat. Aus ihren Reihen wich er, weil ihm „alles zu langsam gegangen“. Der geistige Gehalt beider Lehren, deren Verschiedenheit ist ihm nicht klar. Klar ist ihm nur der Unterschied zwischen Evolution und Revolution. Das heißt, er weiß nur, daß Evolution „Gewehr bei Fuß stehen“, Revolution aber „d'reinschlagen“ heißt. Er ist für's „d'reinschlagen“.

Dafür ist auch sein Nachbar, ein Tischler — Miraler. Ein Losgänger im Leben und in Gedanken.

Ein junger Student — Kürer — am andern Ende; eine ausgesprochene Individualität, freiheitsstrunken; der Marxismus, die starre Parteidisziplin, das „autoritäre Staatsknechtstum“, wie er es nennt, hat ihn aus den Kreisen der Sozialdemokratie gebannt. Ihm genügt es, so leben, so sprechen zu dürfen wie sein Wesen es bedingt.

Noch fünf, sechs Männer. Zwischen ihnen Haller, Steinmüller, Laßner und Anton.

Eine hitzige Debatte hat begonnen. „Genossen!“ ruft Laßner, „das mit den Flugblättern und der Gründung von Vereinen, das ist alles für die Rag! S'ch eh'n muß etwas! Jrgend a Tat!“

„So ist's!“ bekräftigte Miraler.

„Sm.“ fragt Haller höhnend, „sollen wir rebellieren?“

„Besser wär's schon, als dies ewige Zurecht! Dabei schaut gewiß nichts heraus.“

„Gwis nicht weniger als bei an Putz!“ meint Anton. „Ach, Putz hin, Putz her!“ eifert Dr. Gillingen, „wenn wir heute wieder ohne Resultat auseinandergehen, kommt ich überhaupt nicht mehr!“

„G'redt hab'n mir g'nug.“ tönt Pareiners tiefe Stimme. „Zu viel haben wir schon g'redt, zu lang haben wir schon g'redt! Rein lächerlich sein mir bis heut' a'wesen. Jetzt haß't's was tun!“

„Recht hast, Laßner!“ stimmt Pareiner bei.

„Dreinschlagen, daß alles kracht,“ zürnt Miraler.

„Hört doch auf mit Euren dummen Reden! Was wollt Ihr eigentlich?“

„Eine Tat!“ ruft Dr. Gillingen dazwischen.

„Eine Tat?“ fährt Haller fort, „und Ihr glaubt, daß es eine Tat ist, die Masse auf die Straße herauszuladen, sie vor die Gewehrläufe hinzustellen und sie dem sicheren Verderben zu überliefern?“

Wieder Dr. Gillingen: „Sicheres Verderben? Ist noch sehr fraglich!“

„Und wenn auch“, fährt Laßner auf, „ist es nicht besser, sie verreden draußen auf der Straße auf einmal, als in den elenden Schabracken zu krepieren? Wenn i' im Kampf fallen, im Kampf um ihr Recht, dann hat's wenigstens an Zweck.“

Scharf fragt Haller: „Zweck? Welchen?“

„Daß die Gesellschaft ein g'ichächtet wird, daß sie weiß, die Geduld hat ein Ende! Bis hierher und mit weiter! Mit mehr im Stillen dulden und leiden, hinaus auf die Straße! Sich melden, d'reinschlagen, mit d' Hände und Füß!“

„Und an Händen und Füßen Weulen davontragen...“

„Aber auch austeilen. Haller, auch austeilen!“

„Gut, mein lieber Doktor, auch austeilen. Aber was haben wir davon? Druck erzeugt Gegendruck! Es kommen dann nur Repressalien, die nutzbringende Arbeit erschweren!“

„Ragierung? Wenn nicht Euer G'redt!“ repliziert Laßner heftig. „Das is an Schamern wert!“

„Stimmt! Stimmt!“ ruft Pareiner.

„Hört's mir auf mit Eurer „geistigen“ Revolution! Das

is a Pflanz, a Unjinn! Gh' das erreicht ist, krepieren hunderttausend Leut' in d' Fabriken und in die Werkstätten. Einmal muß es kommen, so plötzlich mit eiserner Gewalt, so aufodern, so ein Rachegeächrei, daß es der Bourgeoisie durch Mack und Wein fährt, daß sie in die Hosen macht vor Angst! Ang'st muß sie vor uns bekommen! Dös is der ganze Wis. Für Recht und Billigkeit hat sie kein Ghör, da muß man ihr mit Gewalt kommen. Aus ihrer Ruh' muß man die Bourgeois aufstören, sie auf Schritt und Tritt...“

„Systematisch!“ gestt Dr. Gillingens Zwischenruf.

„Auf Schritt und Tritt, jag' ich, muß man sie verfolgen, daß sie nicht wissen, wohin sie sich verkiechen! Dann werden sie firme werden, dann kommen sie uns bitten! Dann sind wir es, die Gnade an ihnen üben. Wir, das strafende und betrogene Proletariat!“

Ein mehrstimmiges: „Brabo, Laßner!“

Doch schon erhebt sich Haller: „Wir sollen Gewalt anwenden, und Du glaubst, daß die Bourgeoisie nicht auch zur Gewalt gegen uns greifen wird. Und sie ist heute noch die Mächtigere, sie wird uns vernichten.“

Wieder Dr. Gillingens Zwischenruf: „Mit dem Proletariat vernichtet sie sich selbst!“

„Gut, dann schlägt sie uns mindest tiefe Wunden, knebelt uns, bedrückt uns, denn sie ist heute die Mächtigere! Das dürfen wir nicht vergessen. Und das einzige, das vernünftig und möglich ist: wir untergraben ihre Macht, wir rebellieren die Masse geistig, wir klären sie auf, lassen sie die Schmach erkennen, fühlen, wir werden in ihnen das Bewußtsein, ein Mensch, ein freier Mensch zu sein. Sind wir so weit, hat die Masse das erkannt, fühlt sie die unwürdige Sklaverei, dann bricht die kapitalistische Gesellschaft von selbst zusammen! Sie muß zusammenfallen, weil ihr die Basis — das Proletariat, das sich bedrücken läßt — fehlt! Die Frucht muß reifen...“

„Dös is, wie a Sozialdemokrat g'prochen!“ höhnt Laßner

Da nun eine Besserung auf dem Gebiete des Bauwesens in nächster Zeit nicht zu rechnen ist, ist der engste Zusammenschluß aller im Baugewerbe tätigen Personen ein Gebot der Selbsthaltung.

Zum 2. Punkte. Wie schätzen sich die Bauhandwerker gegen die übernehmenden Lohnausfälle durch die Unternehmer schildert Kollege Schöne an der Hand der Entscheidungen des hiesigen Gewerbegerichts die Zustände, die sich auf den Schindeldächern im Laufe der Zeit herausgebildet haben.

In der Diskussion wird das Strohmänner-System auf das schärfste gegeißelt. Der Wunsch eines Redners, bei derartigen Parasiten am Volkstempel nicht zu arbeiten, könne aber erst in Erfüllung gehen, wenn die Organisation eine entsprechende Entschädigung an die Mitglieder zahlt.

Kollege Fischer (Bauarbeiter) macht mehrere praktische Vorschläge. Redner verlangt, daß die Stadt einem sog. Strohmänner, der als solcher bekannt ist, die Baukonzession verjagen möge.

Um die Diskussion abzulösen, wird unter Zustimmung der Versammlung gleich in die Beratung eines Baudeputierten-Regulativs eingetreten. In diesem Regulativ sind die Bestimmungen enthalten, die geeignet sind, die geschädigten Uebelstände aus der Welt zu schaffen.

Nächstehende Resolution, die sich besonders mit den Bauarbeiter-schutzbestimmungen und deren fruchtbarer Befolgung beschäftigt, wird ebenfalls einstimmig angenommen.

Ausgehend von der Erwägung, daß die im Laufe des Sommers seitens der Organisationen angefertigten Revue- und Platzkontrollen ein hervorragendes Ergebnis zeigten, ein Ergebnis, das insbesondere allen familiären Bestimmungen Gehör spricht;

in weiterer Erwägung, daß auf Grund der jetzt vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen von einem tatsächlichen Schutze der baugewerblichen Arbeiter nicht im entferntesten die Rede sein kann, halten die versammelten Maurer, Zimmerer und Bauar-

beiter es für eine unumstößliche Pflicht der hiesigen Baupolizei-Verwaltung, energischer als bisher für die strikte Durchführung der vorhandenen Bestimmungen Sorge zu tragen.

Die Versammelten verpflichten sich, mit allen Mitteln für die Stärkung der Organisationen einzutreten, um so durch eigene Kraft das Unternehmertum zu zwingen, zum mindesten die vorhandenen Schutzbestimmungen zu respektieren.

Kollege Schöne bespricht hierauf die Bestimmungen die besonders bei der Landtagswahl in Betracht kommen. Er ersucht um vollständiges und pünktliches Erscheinen sowie um Arbeitsruhe bei den Wahlmännertreffen am 12. November.

Kollege Uhlde (Bauarbeiter) bringt die Angelegenheit der Freien Vereinigung der Bauarbeiter zur Sprache, wonach auf Grund des Vorgehens der Freien Vereinigung dem Redner eine Klage wegen Verleumdung und Entwertung vorgebracht ist.

Nachdem Kollege Bernick noch verschiedene Uebelstände zur Sprache gebracht, wird noch an Stelle des aus der Bauarbeiter-schutzkommission ausscheidenden Kollegen Stettin der Maurer Lange als Delegierter gewählt.

Wir einer Aufforderung, mehr als bisher die Organisation hochzuhalten, trat der Schluß der Versammlung um 9 Uhr ein.

U. S. M. H. H. Wenn Sie mündlich eine Wohnung nebst Zubehör gemietet haben, wobei für die Wasserleitung und sonstiges Zubehör ein besonderer Mietpreis vereinbart ist, so ist der Wirt nicht berechtigt, Ihnen einen Teil der von Ihnen gemieteten Räume oder der vereinbarten Leistungen zu entziehen.

Wollstolanderbreiter, Halberstadt. Wenn ein Hauswirt laut Kontrakt verpflichtet ist, eine Wohnung 14 Tage vor dem 1. April zu kündigen, so ist er berechtigt, die Kündigung auch schon früher auszusprechen; nur später ist er dazu nicht mehr berechtigt.

S. H., W. U. B. Genosse Rechtsanwalt Landberg wohnt Dreierweg 249 und ist von 3 Uhr ab zu sprechen.

S. S., M. H. H. Als Mutter eines verheirateten, aber kinderlosen Verstorbenen, der 3000 Mark hinterläßt, erben Sie die Hälfte mit 1600 Mark, falls Ihr Sohn kein Testament gemacht hat.

F. L. Da der Arbeitgeber Ihnen laut Vertrag nur am 30. September zum 1. April kündigen kann, so war er nicht im Recht, als er Sie vor dem 1. April entließ.

# Für die streikenden Textilarbeiter in Grimnitzhausen gehen ein: Städtische Arbeiter 2, -; Extradanz der Sattler 2, 10; Holzarbeiter 50, -; Gewerkschaftssekretariat.

Table with 4 columns: Name, Date, Amount, and another column. Lists names like Waddubij, Brandeis, Melnik, etc., with associated dates and amounts.

Wegen Todesfall Räumungs-Verkauf zu fabelhaft billigen Preisen. Mastig & Co. Johannisberg 1 neben Herrn Reinh. Protze. 1238

Winter-Paletots und Joppen für Herren und Knaben sowie Anzüge. Max Zehden, Jakobstr. 50. Größtes Spezial-Geschäft der Provinz Sachsen für komplette Herren- u. Knaben-Ausstattungen.

Genossen! Kauft Eure Schuhwaren bei Wilhelm Pramme, Gr.-Ottersleben. Tinte

Nur noch kurze Zeit Reelle Total-Ausverkauf Kaufhaus S. Schrubski. Magdeburg-Neustadt, Lübeckerstrasse 16.

Kanonen- und andere Feig- und Kochöfen, Feuerlöcher, Ventile, Herd- und Feuerstätten, Rosten, einige gebrauchte. Fr. Henrich, Magdeburg-Neustadt, Neuhaldenslebenstrasse 46.

Krankenpflege, Standesamt, Gesundheitspflege. Rudolf Brüning, Buckau, Schönefelderstr. 21, jährgäh. d. Kirche (Mitg. d. Rabatt-Sparvereins).